

ZEITSCHRIFT FÜR

23610
356390

GEO POLITIK

2208

XVI. JAHRGANG 1939

10.

HEFT / OKTOBER

Zur Wehrgeopolitik in Ostseeraum und Fernost

Haushofer: Herbstent?

Steffen: Die wehrpolitische Lage der nordischen Staaten

**Petersen: Neues über die maritime und militärisch-strategische
Bedeutung der Ostsee**

Schwägerl: Der Luftschutz im niederländischen Raum

R. E. A. S.: Bericht über die Lage im Fernen Osten

Otte: Niederlassungen und Konzessionen in Fernost

Berichte — Kurznachrichten

ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

verbunden mit der Zeitschrift

WELTPOLITIK UND WELTWIRTSCHAFT

begründet von

Professor Dr. KARL HAUSHOFER und Professor Dr. ERICH OBST

Herausgegeben von

DR. KARL HAUSHOFER

Generalmajor a. D., o. Professor an der Universität,
München O 27, Kolberger Straße 18, Fernsprecher 480 444

SCHRIFTLEITUNG:

Kurt Vowinkel, Heidelberg, Wolfsbrunnenweg 36
Fernsprecher: Heidelberg 3742

Manuskript- und Buchzusendungen werden an die Schriftleitung erbeten

XVI. JAHRGANG / HEFT 10 / OKTOBER 1939

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

<i>Karl Haushofer: Herbst?</i>	741—743
<i>F. C. Steffen: Die wehrpolitische Lage der nordischen Staaten</i>	744—750
<i>Nis Petersen: Neues über die maritime und militär-strategische Bedeutung der Ostsee</i>	751—754
<i>Anton Schwägerl: Der Luftschutz im niederländischen Raum</i>	755—757
<i>R. E. A. S.: Bericht über die Lage im Fernen Osten</i>	758—765
<i>Friedrich Otte: Niederlassungen und Konzessionen in Fernost</i>	766—769

BERICHTE

<i>* * *: Geopolitische Streiflichter auf den atlantischen Raum</i>	770—773
<i>Karl Haushofer: Bericht über den indopazifischen Raum</i>	773—778
<i>Hans Hummel: Kurznachrichten</i>	778—780

ANSCHRIFTEN DER MITARBEITER DIESES HEFTES:

Professor Dr. Karl Haushofer (AfG.), München O 27, Kolberger Straße 18 — Hans Hummel (AfG), Wusterhausen/Dosse, Seestraße 16 — Dr. Friedrich Otte, Eisenach, Uferstraße 40 — Regierungsdirektor a. D. Nis Petersen, Kopenhagen, Kaldäavej 9 — R. E. A. S.: Anschrift durch den Verlag — Dr. Anton Schwägerl, Landau/Pf., Reiterstraße 14 — Dr. F. C. Steffen, Berlin-Friedenau, Rembrandtstraße 13
Die Bezeichnung (AfG) hinter dem Namen bezeichnet die Mitgliedschaft des Verfassers in der Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik

Preis: Vierteljahr RM 5.50 / Studenten u. Mitglieder d. AfG. RM 4.40 / Einzel RM 2.— / Jahrg. m. Inhaltsv. RM 22.— Gebunden (2 Bände) RM 28.— / Register für den Jahrgang RM —.90 / Inhaltsverzeichnis kostenlos / Einbanddecke für den Halbjahresband RM 2.—

Postcheckkonten: Kurt Vowinkel Verlag / LUDWIGSHAFEN 124 61 / WIEN 559 18

KURT VOWINKEL VERLAG / HEIDELBERG / WOLFSBRUNNENWEG 36

KARL HAUSHOFER: Herbsten?

Kaum jähren sich die weitgehenden Hoffnungen, die Europa raumpolitisch an die Aussprache von München am 29. und 30. September 1938, an den vertrauensvollen eurafrikanischen Meinungsaustausch der Afrikatagung vom 3. bis 12. Oktober zu Rom geknüpft hatte, und schon sieht es die Möglichkeiten der Wiederherstellung seiner Weltgeltung vielleicht für immer in die Luft gesprengt. Tragische Ironie ließ England die Lunte an einer Stelle legen, die viele Briten selbst die Ursache des nächsten Krieges, einen geopolitischen Widersinn, die größte Torheit von Versailles genannt hatten. Es war die Bruchstelle des mitteleuropäischen Raumgefüges, wo die rein deutsche Stadt Danzig vom Reich getrennt war, wo der Streifen längs der Weichsel als polnischer Korridor den Nordostflügel Deutschlands vom Rumpf des deutschen Volksbodens abschnitt: eine Wunde, die nach dem deutsch-russischen Friedensangebot, ebenso wie die weißrussische und ukrainische Rußlands, sich nun wohl schließen wird.

Freilich gab es im Jahre 1919 einen kühnen, sich völlig über jedes Selbstbestimmungsrecht hinwegsetzenden Plan, durch Siedlungsaustausch Ostpreußen für immer vom Reich zu trennen und jede Annäherung zwischen Deutschen und Russen unmöglich zu machen, die beide den Krieg verloren hatten, weil sie — als Werkzeuge kluger Westmachtpolitik — auf entgegengesetzten Seiten gekämpft hatten.

Wenn sie nun fest entschlossen sind, das nicht mehr zu tun, befolgen sie nur einen klugen Rat, der ihnen aus vielen Seiten bester britischer Geopolitik, freilich als Warnung für England, entgegenklang. Es bedurfte schweren Hämmerns von London aus, bis die Überzeugung des deutschen Führers von der Unentbehrlichkeit des Britenreichs für die Weltkultur und den nordischen Rassengedanken soweit zurückgedrängt war, daß die Unvermeidlichkeit der Zusammenarbeit von Achsenmächten, Russenreich und Ostasien als Rettungsmöglichkeit gegenüber der Anakondapolitik der westlichen Demokratien auch vor die deutsche Seele trat, wie sie einst vor dem japanischen Reichskanzler Fürst Ito, vor Witte und einigen deutschen Japankennern gestanden war, die gewiß nicht leichten Herzens die beiden nordischen Großvölker sich in feindlichen Reihen ordnen sahen.

War die britische Reichspolitik dem Haß der westjüdischen Plutokratie so hörig, daß man die raumpolitischen Ausgleichsmöglichkeiten nicht sehen wollte, wie sie das Führerangebot der Rückkehr Danzigs, des Freiverkehrs Ost-West und Nord-Süd durch den Korridor mit einer endgültigen Volksabstimmung, die Notwendigkeit des Aufhörens der Deutschenschlächtere in Polen zeigte? Überwog die ideologische Abneigung gegen eine im Westen nicht begriffene, vielleicht für glückliche Haves nicht

begreifbare Form der volkspolitischen Kraftzusammenballung jede raumpolitische und kulturpolitische Vernunft? —

Wir wissen es nicht; wir gewahren nur staunend, wie die Gewährsreiche Polens der Auflösung dieser scheinbaren Großmacht in ihre Bestandteile — auf dem Zaun der Maginotlinie sitzend — zusehen, auf einem ähnlichen Zaun, wie dem, von wo aus Italien und Japan die Vereinzelungsmöglichkeit des Brandes betrachten, zu dessen weiter östlichen Löschung Stalin einstweilen zwei Millionen Krieger an seiner Westgrenze sammelte und den größern Teil Polens besetzte.

Polens Gewährsmänner müssen sich also an den ganzen Riesen-Kontinent von Rhein und Nordsee bis zum Pazifik halten.

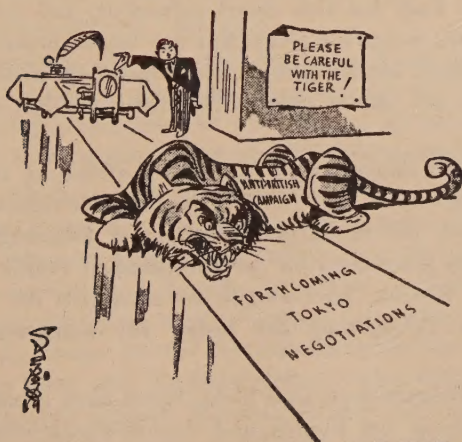
Der Achtung ihrer Neutralität durch Deutschland gewiß, die britischen Versuche, wirtschaftlich und im Luftmeer zu den alten Piratensitten zurückzukehren, abwehrend, fangen die großen Neutralen Europas an, ihre Kraft in Vereinigung zu fühlen. Belgien, Dänemark, Finnland, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Schweden, Schweiz — [um jede Wertung zu vermeiden, in der Buchstabenfolge genannt] — haben ihr geopolitisches Gewicht und Recht erkannt, und ebenso eine zweite Gruppe um den Balkan; Schwerpunkte der Erkenntnis vermuten wir in Brüssel, Stockholm, Helsinki, Belgrad — vielleicht auch Ankara, das sich ja vorweg bezahlt gemacht hat. Und außerhalb der Händel hält sich scheinbar die „Neue Welt“, in der sich Kriegshetzer und Friedensfreunde in starken Bildungen die Waage halten. Auch ein Spiel, wie es einst Wilson trieb, ist nicht ausgeschlossen: als Friedebringer durch die Wahlurne zu reisen und dann die Tafeln zu zerbrechen, auf die hin Gläubige den Mann des Friedens gewählt hatten. Sicher wird Propaganda das Mögliche an Lügen leisten. Wir wissen, wessen die Welt sich von der Schlagzeilenpresse zu versehen hat. Aber noch sind breite Gassen der Wahrheit offen, und die Lichtbilder der Greuelthaten von Bromberg und Ostoberschlesien haben die Welt entsetzt.

Sollte wehrgeopolitische Rechnung westmächtlicher Auftraggeber mit der Verzögerung durch Heckenkrieg und Freischützenwesen gerechnet haben, die sooft eine zeitraubende Rolle in polnischen Bewegungen gespielt haben, so ist diese Hoffnung unter den blitzschnellen Stößen der deutschen verbundenen Land- und Luftwaffen, dem Zugriff der Marine in der Ostsee zusammengebrochen. Innerhalb von acht Tagen hatten die deutschen Truppen Warschau und die Weichsellinie überwältigt, das Industriegebiet in der Hand, konnten die gesicherte Reichsgrenze als Rückgrenze des Etappengebiets erklären. Sie haben in Krakau die letzte Ruhestätte des großen Polenmarschalls Pilsudski geehrt, mit dessen Willen Polen niemals das Opfer westmächtlicher Verheißungen geworden wäre. Ein unverrückbarer Festlandblock mitteleuropäischen Friedens konnte auf ein Vierteljahrhundert bestehen, wenn Polen der Weisheit Pilsudskis und seinen tiefen Einsichten in die geopolitischen Schwächen, die Werdezustände des Vielvölkerstaates, gefolgt wäre.

Nun werden die neun Millionen Ukrainer die Stimme des Blutes, die Litauer die Erinnerungen der einst weggepaschten Räume wieder erwecken. Ist doch Wilna die Hauptstadtsehnsucht Litauens; Brest-Litowsk verewigt in seinem Namen die Stelle, wo einst Litauen und Ukraine zusammenstießen, von den zu Rußland strebenden Weißrussen, von den zu Deutschland strebenden anderthalb Millionen Deutschen, den heimstrebenden Slowaken ganz abgesehen. Nicht mit Gewalt wird Polen in seiner Geopolitik zu retten sein; nicht „auf der Stärke schrecklich Recht“ hätte sich das in Friedenskonferenzen durch Pianisten und Maler zusammengeklitterte Mosaik berufen dürfen, das ohne ein furchtbares deutsch-russisches Ringen ohne geopolitischen Sinn kaum wieder zum Eigenleben zurückgefunden hätte. Wollte England das Wunder an der Weichsel wiederholen? Es war seltsame Neutralität, die seine Offiziere in hellen Haufen durch Rumänien fahren ließ, das nicht zum erstenmal mit dem Feuer spielt und nicht immer fremde Hände finden dürfte, die sich ihre Finger für seine Vergrößerung verbrennen lassen. Noch waren bis Ende September gewaltige Massen in der Schwebe und Schaden nur dort geschehen, wo er keck herausgefordert war. Noch war im Herbst Besinnung möglich.

Noch hielt im September, auf die Weichsel starrend, die übrige Welt trotz formalen Kriegserklärungen, den Atem an ...

Quer über dem Weg zur Verständigung liegt, wie ein Spottbild aus dem Fernen Osten zeigt, die wachsende Verbitterung der Völker, querer noch ein nicht mehr verfangendes Lügensystem, wie es Churchill und seine Freunde ausgeleiert üben ...



Roaring Welcome

BY SAPANOU

F. C. STEFFEN:

Die wehrpolitische Lage der nordischen Staaten

W ehrwillen und Wehrwissen zu pflegen ist heute eine natürliche vaterländische Pflicht. Ein heutiger Krieg steht auf der Tagesordnung geistiger Auseinandersetzungen. Von den verschiedensten Ansatzpunkten aus rückt die Kritik ihm zu Leibe. Der Historiker, der Politiker und der Soldat ringen mit dem Stoff und suchen nach Maßstäben zur Beurteilung des Geschehenden. Bei dieser Beschäftigung kommt man vom konkreten Fall des letzten großen Krieges denkerisch zur Abstraktion, also praktisch zur Verallgemeinerung. Es ist noch nicht zwei Jahre her, da konnte man in der deutschen militärischen Fachpresse immer wieder lesen, daß operatives Denken bei dem deutschen Volk nicht hoch im Kurs stände. Operationsstudien an Hand der Geschehnisse des Krieges treiben, hieße Durchspielen eines operativen Gedankens auf dem Papier mit dem Ziele, nachzuweisen, wie richtig gehandelt werden müsse. Dies sei aber Konstruktion, also gewissermaßen Mathematik und daher als Belehrung nicht geeignet.

Dieser Standpunkt ist erfreulicherweise überwunden, denn ein gewisses Verständnis für Wehrwissen und Kriegsführung muß jeder Deutsche haben, vor allem aber derjenige, der den Anspruch erhebt, ein politischer Führer zu sein. Ohne wehrpolitisches Verständnis ist ein Staatsmann ebenso unmöglich wie ohne Wehrwillen, denn der Staatsmann ist in einem gewissen Grade ein Feldherr, wie umgekehrt der Feldherr ein Staatsmann sein muß.

Clausewitz sagt in seinem Standardwerk über den Krieg, daß dieser eine Fortsetzung der Politik nur mit anderen Mitteln sei, und an anderer Stelle: „Die Aufgabe und das Recht der Kriegskunst der Politik gegenüber ist hauptsächlich diejenige, zu verhüten, daß die Politik Dinge fordert, die gegen die Natur des Krieges sind, und daß sie aus Unkenntnis über die Wirkung des Instruments (nämlich der Wehrmacht) Fehler im Gebrauch desselben begeht.“

Die außenpolitische Lage hat sich derart entwickelt, daß man es nicht mehr als müßig betrachten kann, wenn wir Deutschen uns wegen unserer militärischen und geopolitischen Lage damit beschäftigen, unser Augenmerk nicht nur auf die Großmächte, sondern auch auf unsere anderen Nachbarn, nämlich die nordischen Staaten, zu richten.

Mit ungeheurer Zielstrebigkeit wird hier eine Aufrüstung betrieben, die ebenso beachtlich wie staunenswert ist. Die militärische Lage im Ostseeraum zeigt uns, daß dieses Randmeer durch die militärische Erstarkung Deutschlands und Rußlands mehr als bisher in den Interessenkreis der europäischen Politik hineingestellt wird. Die Entwicklung der Waffen, insonderheit der Hinzutritt der Luftwaffe, zwingen zu einer veränderten Betrachtung der bisher für selbstverständlich gehaltenen Grundlagen.

Die Seeräume des Ostseebeckens sind klein. Wenn diese räumliche Enge auch seit altersher der Verwendung von Flotten und Hochseestreitkräften in der Ostsee gewisse Einschränkungen gegenüberstellte, so hat die durch den Fortschritt der Tech-

nik bedingte Veränderung bisheriger und das Auftreten neuer Waffen wesentliche seestrategische Veränderungen zur Folge. Erhöhte, zum Teil verdoppelte Geschwindigkeiten leichter Seestreitkräfte, erheblich gesteigerte Reichweiten der Artillerie und vor allem der Hinzutritt der Luftwaffe haben die Grenzen um Kampfgebiete enger als bisher aneinandergerückt. Wehrpolitisch kommen daher auch für die nordischen Staaten in erster Linie nicht umfangreiche Flotten, sondern vielmehr die sogenannten Kleinkriegsmittel in Frage. Hierzu gehören Minen, U-Boote, Schnellboote, Zerstörer und leichte Seestreitkräfte aller Art, ferner weitreichende Artillerie der ortsfesten Küstenverteidigung und die Luftwaffe. Alle diese Waffen spielen im Küstengebiet und in dem engen Seebecken der Ostsee eine bedeutende Rolle.

Wenn wir die nordischen Staaten im einzelnen nach der wehrpolitischen Lage hin betrachten, so ergibt sich folgendes:

Dänemark

Die lange ununterbrochene Friedenszeit hat den Wehrgedanken und die innere Wehrbereitschaft im dänischen Volk außerordentlich stark geschwächt gehabt. Erst neuerdings, und zwar in den letzten beiden Jahren, ist eine nennenswerte Aufrüstung erfolgt. Das im Jahre 1932 erlassene Wehrgesetz zeigte noch deutlich die Tendenz, die materiellen und personellen Aufwendungen für die Landesverteidigung nur auf das unumgänglich notwendige Maß zu beschränken.

Als aber in der Folge die russische Aufrüstung begann und Kronstadt zu einem der gewaltigsten Kriegshäfen ausgebaut wurde, entschloß man sich auch in Dänemark, die Armee zu modernisieren und zu verstärken. Das dänische Heer ist ein Rahmenheer mit allgemeiner Wehrpflicht und kurzer aktiver Dienstzeit. Das ganze Land ist in zwei Divisionsbezirke östlich und westlich des großen Belt eingeteilt. Eine Sonderstellung nimmt die Insel Bornholm ein. Zur Wehrmacht auf der Insel Bornholm gehören nur etwa 10 Kompanien Reserveverbände. Die Stärke der Armee ist je nach Zahl der Rekrutenausbildung oder der Wiederholungsübungen der einberufenen Mannschaften verschieden. Sie beträgt im Winter etwa 5000 Mann und im Herbst zur Zeit der Übungen etwa 25 000 bis 30 000 Mann. Im Kriegsfall stehen heute etwa 200 000 feldverwendungsfähige ausgebildete Soldaten zwischen dem 21. und 40. Lebensjahr zur Verfügung.

Ein Blick auf die Lage des dänischen Staates zeigt uns seine wehrpolitische Bedeutung. Trotz der geringen räumlichen Ausdehnung des Landes und seiner nur mittelmäßigen Bevölkerungsdichte und trotz Mangel an Rohstoffen, Bodenschätzen und Wasserkraften fällt Dänemark die wichtige Schlüsselstellung der Ostsee zu.

Während des Weltkrieges hatte Deutschland den Standpunkt vertreten, daß Sperrung von Sund und Belten ein erwünschter Schutz gegen den Eingriff feindlicher Streitkräfte in die Ostsee sei und dadurch insbesondere überfallartige Unternehmungen gegen den Hauptstützpunkt unserer Ostseeflotte — Kiel — sichere. Diese Ansicht wurde aber bald korrigiert in der richtigen Erkenntnis, daß die Ostseezugänge als Ausfalltor aus der Ostsee für die deutsche Seekriegsführung eine wichtige Rolle spielten. Die beiden Belte und der Sund stellen, völkerrechtlich betrachtet, Verbindungswege zwischen zwei offenen Meeresteilen dar, die nach anerkanntem Recht auch zu Kriegszeiten der friedlichen Durchfahrt offenstehen.

Man muß schon in die Weltgeschichte hineinsteigen, um diese Tatsache in ihrer ganzen Bedeutung richtig zu erkennen. Auf der beherrschenden Stellung Dänemarks am Eingang der Ostsee und als Landbrücke von Deutschland nach Skandinavien beruhte einst die frühere Großmachtstellung dieses Landes, die allerdings in einem Zeitraum von reichlich 200 Jahren, nämlich von 1645—1864, dahinging. Die Großmachtstellung Dänemarks ist zerfallen. Das Interesse der Großmächte an Dänemark ist geblieben insofern, als man versucht, die dänischen Inseln in das eigene Einflußgebiet einzubeziehen. Das Schicksal Belgiens blieb Dänemark während des Weltkrieges nur durch das Vorhandensein der deutschen Flotte in der Ostsee erspart. Heute hat sich die Lage in der Ostsee aber bereits grundlegend geändert.

Die Militärbündnisse von 1933 zwischen dem einstigen Polen und Frankreich einerseits und von 1935 zwischen Frankreich und Rußland andererseits brachten naturgemäß keine Entspannung im Ostseeraum zuwege. Nachdem dann von Polen der seinerzeit im Januar 1934 mit Deutschland geschlossene Nichtangriffspakt gebrochen wurde dadurch, daß dieses Land am 7. April 1939 ein Militärbündnis mit England abschloß und der Führer sich in seiner richtunggebenden Reichstagsrede vom 28. April d. J. gezwungen sah, nunmehr auch offiziell von deutscher Seite aus den Pakt als aufgehoben zu betrachten, konnte man bereits von einer ernsten Krisis in der Ostsee sprechen, die dann ja auch am 1. September zur Katastrophe führte, denn die Existenz Polens hing von der Unterstützung seiner Verbündeten ab. Frankreich ebenso wie England hätten eine wirksame Hilfe lediglich auf dem Wasserwege bringen können, die nur auf dem Wege durch die dänischen Gewässer herangebracht werden konnte. Die zwischenzeitliche Entwicklung hat die Berechtigung dieser Ansicht ergeben, indem Polen binnen 14 Tagen von der deutschen Armee als Staatengebilde und Wehrfaktor sowie als Ostseeanlieger in unerhört scharfen Schlägen beseitigt wurde, da ihm seine Bundesgenossen nicht zu Hilfe kamen. Ferner kommt hinzu, daß die durch die Verlagerung des Golfstromes entstandenen Klimaveränderungen im Nördlichen Eismeer dazu führten, daß Rußland an der nunmehr eisfrei gewordenen Murmanküste Häfen angelegt und als Flottenstützpunkte ausgebaut hat. Im alten Zarenrußland war es unmöglich und auch nicht notwendig, im Nördlichen Eismeer Flotteneinheiten zu stationieren. Aber bereits während des Krieges wurde mit dem Bau eines Verbindungsweges vom Nördlichen Eismeer durch den Onega- und Ladogasee zur Ostsee begonnen. Diese Verbindungsstraße, der sogenannte Stalinkanal, bietet ähnlich wie in Deutschland der Kaiser-Wilhelm-Kanal die Möglichkeit, Flottenstreitkräfte aus dem Nördlichen Eismeer und dem Weißen Meer schnellstens in die Ostsee gelangen zu lassen.

Durch die Entwicklung der Technik im Kriegsschiffbau ist die Kohlenfeuerung ziemlich ausgemerzt. Die eingeführte Ölfeuerung gestattet den Schiffen einen wesentlich größeren Aktionsradius, so daß dadurch auch größere Flotteneinheiten durch die eisfreien Teile des Nördlichen Eismeres um Norwegen herum durch Sund und Belt in die Ostsee dringen können. Während des Weltkrieges bestand eine derartige Gefahr noch nicht, da Rußland eine Flotte im Weißen und im Nördlichen Eismeer nicht besaß. Die zielbewußte und weitschauende Politik des Führers bannte aber auch diese Gefahr durch den Nichtangriffspakt mit Rußland vom 7. September. Der Ausbau des polnischen Kriegshafens Gdingen (Gotenhafen) konnte im übrigen auch nicht unbeachtet bleiben, wenngleich Polen sich für die Verteidigung seiner

Küsten auch nur der sogenannten Kleinkriegsmittel bediente und hauptsächlich Zerstörer, U-Boote und Torpedoboote gebaut hat.

Unter Berücksichtigung dieser vorgeschilderten Umstände spielt die Wehrkraft des dänischen Volkes in der europäischen Politik eine nicht zu unterschätzende Rolle, da von der Wehrpolitik und dem Wehrwillen des dänischen Volkes die Aufrechterhaltung der Neutralität der dänischen Hoheitsgewässer abhängig ist. Grundsätzlich hält Dänemark an dem Standpunkt der unbedingten Neutralität fest.

Schweden

Schweden ist seit etwa zwei Jahren von der in der Welt herrschenden und immer fühlbarer werdenden Rüstungspsychose ergriffen worden, obwohl die verhältnismäßig gesicherte militärgeographische Lage und die lange Friedenszeit auch hier den Wehrgedanken geschwächt hatten.

Schon im Jahre 1928 wurde die „Reichskommission für die wirtschaftliche Verteidigungsbereitschaft“ gegründet. Am 1. Juli 1937 verkündete Schweden ein neues Wehrgesetz, durch welches die 1928 gegründete Reichskommission als fünfte Spitzenbehörde der schwedischen Wehrmacht erklärt wurde. Diese Behörde erhielt nunmehr die Bezeichnung „Wehrwirtschaftsamt“ und wurde mit weitgehendsten Befugnissen ausgerüstet.

Hinsichtlich des Rüstungsetats bringt die schwedische Militärzeitschrift „Ny Militär Tidskrift“ vom Januar 1939 interessante Ausführungen, denen zu entnehmen ist, daß die zweite Kammer des Reichstages den Wehrhaushalt in den letzten beiden Jahren um rund 75% erhöht hat. Die äußere Wehrpolitik ist allein auf die Wahrung einer strikten Neutralität ausgerichtet. Gefährliche Reibungsstellen mit Nachbarstaaten bestehen nicht.

Mit dem Vordringen Rußlands gegen die Randstaaten ist eine Annäherung Schwedens an Finnland erfolgt. Hier fällt nun der schwedischen Marine eine besondere Bedeutung zu. Diese hat nämlich in erster Linie die wichtige Aufgabe, Schweden aus einem Ostseekrieg herauszuhalten. Schweden hat bewußt davon Abstand genommen, sich kostspielige Kriegshäfen und Festungsbauten zu leisten. Als einziger Kriegs- und Festungshafen ist lediglich Karlskrona anzusprechen. Die sogenannten Kleinkriegsmittel spielen auch für Schweden die gleiche Rolle wie für Dänemark. Trotzdem hat Schweden ernsthaft Ansätze gemacht, die schwedische Marine aus ihrer Überalterung und der daraus folgenden Bedeutungslosigkeit herauszuführen. Seit 1935 wird das Flottenbauprogramm, welches nach der letzten Wehrvorlage 1942 beendet sein soll, konsequent durchgeführt. Beide Länder, Schweden sowohl wie Dänemark, sind stark daran interessiert, im Ostseeraum gemeinsam ihre Neutralität aufrechtzuerhalten. In diesem Streben werden sie von Finnland unterstützt. Das schwedische Heer ist gleichfalls ein Rahmenheer wie in Dänemark mit allgemeiner Wehrpflicht und kurzer aktiver Dienstzeit. Im Kriegsfall stehen schätzungsweise 300 000 bis 350 000 feldverwendungsfähige ausgebildete Soldaten im Alter von 20 bis 35 Jahren zur Verfügung. Hierzu kommen noch etwa 120 000 Mann ausgebildeter Landsturm.

Finnland

Die durch das Kriegsende eingetretene Einengung der russischen Ostseestellung im Finnischen Meerbusen und die Schaffung der selbständigen baltischen Randstaaten drängt förmlich nach größerer operativer Freiheit. Es ist daher absolut verständlich, wenn die Rußland benachbarten, an die Ostsee grenzenden Staaten in Sorge sind, ob es möglich sein wird, ihre Neutralität zu wahren. Der Zusammenschluß der baltischen Staaten einerseits sowie die neuerdings erkennbare Überbrückung der Beziehungen von Finnland zu Schweden andererseits sind eine natürliche Folge der geographischen Lage im Ostseeraum.

Unter dem Zwang der Verhältnisse im östlichen Ostseeraum ist die Frage der Befestigung der Alandsinseln wieder akut geworden. Die im finnischen Besitz befindlichen Alandsinseln waren durch die in Genf abgeschlossene Alandskonvention von 1920 entmilitarisiert und neutralisiert worden. Durch die von England betriebene Einkreisungspolitik veranlaßt, haben sich sowohl die schwedische als auch die finnische Regierung veranlaßt gesehen, sich über die Genfer Konvention hinwegzusetzen und eine Befestigung der Inselgruppe durchzuführen. Sowjetrußland hat darauf den Versuch gemacht, sich ein Mandatsrecht über die Hoglandinseln zu sichern. Diese Inselgruppe liegt mitten im Finnischen Meerbusen unweit der russischen Festung Kronstadt. Die Sowjetrussen möchten also die Hoglandinseln ausbauen zu einem Fort, ähnlich wie die deutsche Insel Helgoland in der Nordsee. Die Befestigung der Hoglandinseln ist zwar durch den Dorpater Frieden unterbunden. Da Finnland aus Selbstunterhaltungstrieb sich über die Genfer Konvention hinweggesetzt hat, ist das Streben Rußlands nach einer Befestigung der Hoglandinseln militärpolitisch zu verstehen, jedoch bleibt die Haltung Finnlands abzuwarten, ob es sich den Wünschen der Sowjets geneigt zeigen wird. Die Russen behaupten, sich in der Ostsee bedroht zu fühlen und wünschen die Hoglandinseln als Sperrforts auszubauen. Finnland soll, falls eine Einigung Finnland—Rußland zustande kommt, an der karelischen Grenze entschädigt werden. Von der Abtretung der Inselgruppe beabsichtigt Rußland seinerseits die Gutheißung der Befestigung des Alandarchipels abhängig zu machen. Wenn Finnland nämlich nicht die Alandsinseln befestigen würde, so läge es nahe, daß Rußland im Kriegsfall mit noch größerer Wahrscheinlichkeit als im Weltkriege die Alandsinseln als Flottenstützpunkt benutzen und befestigen würde. Für Finnland und Schweden hätte durch einen wenig wahrscheinlichen russischen Gewaltstreich eine äußerst schwierige Lage entstehen können. Durch die Befestigung der Alandsinseln durch Finnland wird einem derartigen Vorgehen vorgebeugt und die Aufrechterhaltung der Neutralität besser gewährleistet als unter den bis zur Befestigung gegebenen Voraussetzungen.

Im Baltikum ist der sowjetrussische Einfluß zweifellos äußerst stark zu nennen. Zur Maiparade im Jahre 1938 waren noch die Generalstabschefs von Litauen, Lettland und Estland nach Moskau eingeladen. Der Staatskunst unseres Führers ist es nun gelungen, mit Litauen nach Rückgabe des Memellandes ein Gentleman-agreement zu treffen und damit ein gutnachbarliches Verhältnis herzustellen. Ferner wurden am 4. Mai 1939 auf Grund eines bei früheren Gelegenheiten zwischen der deutschen und der lettischen Regierung angebahnten Meinungsaustausches Verhandlungen über einen Nichtangriffspakt beschlossen, über dessen Inhalt bereits absolute

Übereinstimmung zwischen den beteiligten Regierungen besteht. Desgleichen wurden zwischen der Reichsregierung und der Regierung Estlands Verhandlungen über den Abschluß eines Nichtangriffspaktes begonnen, die ebenfalls bereits weit fortgeschritten sind. Eine Ratifizierung dieser Verträge bedeutet einen nicht unwesentlichen Beitrag zur Stabilisierung der wehrpolitischen Lage im Ostseeraum. Zwischen Sowjetrußland und Finnland besteht ein bis zum Jahre 1944 laufender Nichtangriffspakt. Der bisher bestehende Einfluß Sowjetrußlands aufs Baltikum brachte eine natürliche Annäherung zwischen Finnland und Schweden zustande.

Von allen nordischen Staaten ist Finnland derjenige, der den Gedanken der Landesverteidigung am stärksten bejaht. In der äußeren Wehrpolitik steht die Sorge vor der Bedrohung durch ein wiedererstarkendes Rußland an erster Stelle. Die Wehrverfassung beruht auf dem Wehrgesetz von 1932, welches allgemeine Wehrpflicht und einjährige aktive Dienstzeit vorschreibt. Der Wert der finnischen Armee ist durch erstklassiges Menschenmaterial und relativ gute Ausbildung gut zu nennen. Hinzu kommt, daß infolge der Wehrbereitschaft der Bevölkerung und der längeren Ausbildungsdauer der aktiven Dienstzeit der Kampfwert der Armee ein ungleich höherer ist als der in den übrigen nordischen Staaten. Die aktive Armee hat eine Stärke von ca. 30 000 Mann, hierzu kommt das sogenannte Schutzkorps mit ca. 100 000 Mann; die Gesamtstärke des finnischen Heeres im Kriegsfall wird ca. 350 000 Mann betragen.

Wehrpolitisch hat Finnland sich bereits 1930 den „Ökonomischen Rat für die Verteidigungsbereitschaft“ geschaffen. Die Gliederung dieser Behörde besteht aus einem Zentralkomitee mit verschiedenen Unterkommissionen. Wesentlich an dieser Organisation ist die glänzende Zusammenarbeit der verschiedenen Industrien des Landes mit den staatlichen Behörden.

Norwegen

Als letzter der nordischen Staaten bleibt noch Norwegen zu erwähnen. Mehr als in den übrigen skandinavischen Staaten hat die militärgeographisch gesicherte Lage Norwegens sowie die lange Friedenszeit die Wehrbereitschaft des norwegischen Volkes erschlaffen lassen. Dies bedeutet keineswegs ein Erschlaffen der persönlichen Tüchtigkeit. Allein Wehrpolitik wurde nicht verlangt und daher nicht betrieben. Die Regierung war einzig und allein von dem Gedanken der Wahrung der Neutralität beherrscht. Die Fjordlandschaften wie überhaupt die natürliche Beschaffenheit des Landes lassen militärische Operationen äußerst schwierig erscheinen. Lediglich unter dem Gesichtspunkt der Angriffe aus der Luft hat sich die norwegische Regierung zu Schutzmaßnahmen für die Landesverteidigung bereitfinden lassen.

Es gilt noch immer das Wehrgesetz von 1929, welches die allgemeine Wehrpflicht mit einer kurzen aktiven Dienstzeit vorschreibt. Die Ausbildung dauert bei der Infanterie 60 Tage, bei der Kavallerie 90 Tage und bei der Garde 183 Tage. Bei dieser Konstellation kann natürlich von einem Kampfwert kaum die Rede sein. Ausschlaggebend dürfte aber auch hier die persönliche Haltung des norwegischen Volkes und seine seelische Einsatzbereitschaft sein, das Höchste zu wagen, wenn es um die Freiheit und die Ehre seines Vaterlandes geht. Die zur Verfügung stehende Wehrmacht

beträgt ca. 90 000 Mann. Die Gesamtzahl der Ausgebildeten kann auf ca. 250 000 Streiter beziffert werden.

Angesichts der heutigen Situation werden die nordischen Staaten für Deutschland eine außerordentlich wichtige Rolle spielen, denn von der inneren und äußeren Haltung der nordischen Völker wird es abhängig sein, ob Deutschland, wie es noch im Weltkrieg möglich war, Gelegenheit hat, Zufuhren über das neutrale Ausland zu bewerkstelligen. Es kann hierbei nicht verkannt werden, daß neben dem Bestreben der nordischen Völker auf Fernhaltung des Krieges und Durchführung einer strikten Neutralität europäische Interessen bestehen, die danach trachten, eine Neutralität zu beseitigen. England wird infolge seines Erzabkommens mit Schweden ein bestimmtes Interesse daran haben, sich die Eisenerzzufuhren auch im Ernstfalle zu sichern; Frankreich muß die Flaschenhalse der Ostsee passieren, wenn es seinen Bündnispflicht Polen gegenüber genügen will.

Wenn auch die wehrpolitische Lage der nordischen Völker in ihrer Gesamtheit günstig zu nennen ist, so bleibt doch immer die Gefahr offen, zwangsläufig in Situationen gedrängt zu werden, die unbeabsichtigt sind, denn wenn eine Bündnispolitik im Frieden nicht möglich ist, bleibt nur der Versuch übrig, im Kriege sich auf dem Wege der Gewalt in den Besitz der notwendigen Plätze zu setzen, die für die Durchführung bestimmter Aufgaben notwendig sind.

Im Februar dieses Jahres ließ sich ein englischer Generalstabshauptmann in der Zeitschrift „The Military Engineer“ über die Neutralität der nordischen Staaten etwa folgendermaßen aus:

„In dem künftigen Krieg zwischen Großmächten wird sich jede kriegführende Partei so verhalten, wie es ihr zum Erringen des Sieges nötig erscheint, es sei denn, daß die Gefahr, einen Neutralen als neuen Kriegsgegner zu erhalten, die Vorteile eines derartigen Vorgehens aufhebt. Das bedeutet eine Verkürzung der herkömmlichen Rechte der Neutralen, sofern man nicht bereit ist, zum Schutz der Neutralen Krieg zu führen.“

Der amerikanische Staatspräsident Roosevelt hat vor wenigen Wochen im Parlament den Antrag eingebracht, das Neutralitätsgesetz überhaupt zu beseitigen, um hemmungslos Krieg führen zu können. Ein positives Ergebnis ist natürlich vorläufig nicht erzielt worden. Allein die Gedankengänge als solche sind bezeichnend und kennzeichnen den Ernst der Lage auch für die nordischen Staaten, die sich ehrlich und ernstlich bemühen, ihre Neutralität um jeden Preis aufrechtzuerhalten.

„Nie zeigt sich die organische Natur der Reiche klarer als im Kriege. Der Krieg ist gleichsam ein Experimentalgebiet für die Geopolitik, gleich wie für alle Politik, und die Generalstäbe sollten wissenschaftliche Akademien sein, nicht zum mindesten in diesem Zweig der Staatswissenschaft.“

Rudolf Kjellén, „Der Staat als Lebensform“. S. 58.

NIS PETERSEN:

Neues über die maritime und militärstrategische Bedeutung der Ostsee

(Die kommerzielle und militärpolitische Entwicklung von 1919 bis 1939)

Die nachfolgende Arbeit stützt sich nicht nur auf die jüngste deutsche fachwissenschaftliche Literatur über das weite Gebiet der Ostseepolitik, sondern will neben dem deutschen Standpunkt vornehmlich betonen, wie man in den maßgebenden politischen, militärischen, kaufmännischen usw. Kreisen Skandinaviens heute dieses Problem und alle damit zusammenhängenden Fragen militärischer, maritimer und kommerzieller Natur betrachtet. Neben der jüngsten deutschen Fachliteratur ist daher die einschlägige Fachliteratur Schwedens, Dänemarks und Finnlands — wie sie sich in der Hauptsache in den Berichten der betreffenden Institute der skandinavischen Universitäten, der kriegswissenschaftlichen Institute, der geologischen und geographischen wissenschaftlichen Vereine Skandinaviens usw. darstellt — berücksichtigt. Dabei ist natürlich die maßgebende schwedische, finnische und dänische Militärfachliteratur und politische Tagespresse nicht übersehen worden.

Mit dem Wiederaufbau der deutschen Flotte seit 1935 hat man in den skandinavischen Ländern den Beginn eines neuen Zeitabschnittes im Kampf um die Ostseeherrschaft datiert, eines Zeitabschnittes, der dadurch gekennzeichnet sein soll, daß um ersten Male seit dem Weltkrieg wieder mit einer eindeutig überlegenen deutschen Flotte im Ostseeraum gerechnet werden müsse. Indessen ist die deutsche Flottenaufrüstung keineswegs die einzige Tatsache, die zu einer neuen politischen Situation im Ostseeraum geführt hat. In seiner Veröffentlichung „Flottenpolitik im Ostseeraum“ (Seite 1101 ff.) weist Dr. Walter Grautoff mit Recht darauf hin, daß nicht minder starke Beachtung die flottenpolitischen Anstrengungen verdienen, die lange Zeit vor der deutschen Wiederaufrüstung von der Sowjetunion und von Polen geleitet worden sind.

Die militärpolitische Geschichte der Ostsee kann leider — so ungemein interessant sie auch ist — in diesem Zusammenhang nicht näher behandelt werden. Es war Peter der Große, der nach Abschluß des großen Nordischen Krieges (Friede von Nystädt 1721) das „Fenster nach Europa“ aufstieß, wodurch Rußland in die Reihe der ersten Ostseeanliegerstaaten trat. Die Geschichte des Ostseeraumes im 19. Jahrhundert bis zum Weltkrieg 1914 ist durch einen maritimen Expansionsdrang Rußlands gekennzeichnet. Wir finden in dieser Politik zahlreiche Fragen und Probleme, die heute noch immer im Vordergrund der flottenpolitischen Entwicklung im Ostseeraum stehen (Skandinaviens „russische Gefahr“, Kampf um die Alandsinseln usw.). (Vgl. hierzu Schriftenreihe der „Preußischen Jahrbücher“, Nr. 31, Jg. 1936).

Es ist richtig, die Ostsee ist ein germanisches Meer, germanisch in dem weiteren, die skandinavischen Völker umfassenden Sinne. Die Ostsee ist nie in einer Hand gewesen. Ein *Dominium maris baltici* hat es nie gegeben und wird es nie geben. Von den Anliegermächten ist Schweden diesem Ziele am nächsten gekommen. Die gegenwärtige politische Struktur und Kräfteverteilung im Ostseeraum ist dadurch gekennzeichnet, daß die maßgeblichen Mächte — Deutschland, Schweden-Dänemark-Finnland und die Sowjetunion zur Erhaltung des Status quo von 1937 zum Teil eine

verschiedene Stellung einnehmen. Die deutsche Flottenausrüstung stellt unbestreitbar eine entscheidende Grundvoraussetzung der heutigen flottenpolitischen Lage in der Ostsee dar. Zugleich ist aber mit diesem Schritt — so meint die Stockholmer Zeitung „Aftonbladet“ — das deutsche Interesse an einer Änderung der politischen und seestrategischen Lage im Ostseeraum im wesentlichen erschöpft, weil — so schreibt „Aftonbladet“ — „Deutschland schon jetzt die Seeherrschaft in der Ostsee besitze“! —

In dem Jahresbericht 1938 des Karteninstituts der Königlichen Schwedischen Kriegswissenschaftlichen Akademie in Stockholm wird eine eingehende Übersicht über Entwicklung und Aussichten des Ostseeverkehrs unter Berücksichtigung der flottenpolitischen Verhältnisse gegeben. Es ist nach dieser Übersicht (Seite 253 bis 255) interessant, die Trafikverhältnisse näher zu untersuchen, da diese — wie der Bericht der Kriegsakademie sehr treffend betont — die Grundlagen für die verteidigungspolitischen und für die strategisch-flottenpolitischen Entwicklungen abgeben: Die kommerziellen Trafikverhältnisse in der Ostsee bestimmen Krieg oder Frieden für den Ostseeraum und für die Anliegerländer.

Die kommerziellen Trafikverhältnisse in der Ostsee bestimmen das gegenwärtige flottenpolitische Interesse der Anliegerstaaten und bestimmen vor allem das Interessenverhältnis im Falle kriegischer Entwicklungen. Und hier zeigt es sich nun, daß in den Jahren von 1919 bis 1937¹⁾ sehr große seepolitische Umgruppierungen vor sich gegangen sind. Daraus erst ergibt sich das neue und stark veränderte strategisch-flottenpolitische Gegenwartsbild.

Die Auffassungen über die Bedeutung des Ostseeraums gehen in den verschiedenen Ostsee-Anliegerländern erheblich auseinander. Die Gründe hierfür sollen nicht näher untersucht werden. Zu einem entscheidenden Teil ist man nicht hinreichend über Richtung und Umfang des Ostseeverkehrs unterrichtet. Geopolitisch-geographisch ist die Ostsee ein Randmeer, stark abgeschnürt vom großen Meer, etwas abseits der großen Wasserwege gelegen und schiebt sich relativ weit nach Norden vor. Betrachtet man dagegen die Ostsee rein wirtschaftsgeographisch, dann rückt die Ostsee die Anliegerländer nahe an die großen westeuropäischen Industrieregionen heran und nimmt als Verbindungs-transportweg zu der größten Wasserstraße der Welt, die das nordamerikanische Wirtschaftszentrum mit Europa verbindet, eine stets zunehmende Bedeutung ein.

Die Seeverbindung Europa—Nordamerika wurde im letzten Berichtsjahre von rund 6000 Fahrzeugen mit 28 Millionen Nettotonnen in jeder Richtung befahren. Das sind zusammen täglich 32 Fahrzeuge (16 in jeder Richtung mit je 4700 Nettotonnen. Um eine klare Übersicht zu gewinnen, soll der Schiffsverkehr im Nordseegebiet dem gegenübergestellt werden, also der Schiffsverkehr zwischen Deutschland, den Niederlanden und Belgien auf der einen und England auf der anderen Seite. Auf dieser Verkehrslinie kamen im letzten Berichtsjahre in England 28800 Fahrzeuge mit zusammen 29 Millionen Nettotonnen an und gingen von England ab 29800 Fahrzeuge mit rund 30 Millionen Nettotonnen. Der Tonnage nach ist dieser Verkehr ebenso groß wie auf der Linie Europa—Nordamerika, aber im Nordseegebiet sind fünfmal soviel Schiffe für die gleiche Tonnage beschäftigt gewesen.

1) Die Vergleiche können nur bis Anfang 1938 durchgeführt werden, da zuverlässige und vergleichbare amtliche statistische Angaben für die spätere Zeit noch nicht vorliegen (Frühjahr 1939).

Wie stellt sich demgegenüber nun der Schiffsverkehr in der Ostsee? Der Binnenverkehr in der Ostsee soll hier außer Betracht bleiben, es soll nur der durch die Zufahrtwege gehende Schiffsverkehr gezählt und entsprechend in Vergleich gestellt werden. Im letzten Berichtsjahre stellte sich der Schiffsverkehr durch den Kieler Kanal auf 41 600 Fahrzeuge mit 16,7 Millionen Nettotonnen, also täglich 57 Fahrzeuge mit je 400 Nettotonnen in jeder Richtung. Durch den Öresund gingen im gleichen Zeitraum (nach den Mitteilungen der Königl. Schwedischen Lotsenverwaltung und nach dem Bericht des Königl. dänischen Statistischen Departements) 35 000 Fahrzeuge mit rund 30 Millionen Nettotonnen oder täglich 48 Fahrzeuge in jeder Richtung mit je rund 900 Nettotonnen.

Durch die Haupteinläufe zur Ostsee gingen also im letzten Jahre insgesamt 76 000 Schiffsfahrzeuge mit zusammen 50 Millionen Nettotonnen. Die in der Ostsee (Außenverkehr) beförderte Tonnagenmenge entspricht also in der Größe etwa dem Nordseeverkehr zwischen Nordeuropa und England bzw. dem Atlantikverkehr zwischen Europa und Nordamerika.

Die Auffassung von der Ostsee als einem Nebenmeer ist jedenfalls in verkehrswirtschaftlicher — und damit in allgemeinpolitischer — Hinsicht absolut unzutreffend. Auch die Ansicht, daß der Ostseeverkehr für den großen Weltverkehr nur von sekundärer Bedeutung sei, ist ebenso falsch wie die Meinung, daß das Ostseegebiet maritim nur als Aufland und als Zuführer zu den westeuropäischen Großhäfen gelten könne. Der Ostseeumlageverkehr auf die transozeanischen Linien ist jedenfalls heute von ganz verschwindend geringer Bedeutung. Man ist sich anscheinend auch in Fachkreisen noch nicht völlig klar darüber, daß die Ostseeanliegerländer selbst heute — und in von Jahr zu Jahr wachsendem Umfange — große transozeanische Schifflinien unterhalten und einen umfangreichen und wachsenden Handels- und Schiffsverkehr mit West- und Südeuropa aufgebaut haben. Dazu kommt, daß außerdem die Ostsee in sich als geschlossenes Seeverkehrsgebiet heute eine selbständige und große Bedeutung hat.

Das Auflandsgebiet der Ostseehäfen umfaßt 100 Millionen Einwohner von Europas 500 Millionen Einwohnern. Dieses innere Auflandsgebiet der Ostsee umfaßt große und bedeutende Industriebezirke, große Landwirtschaftsgebiete und unerschöpfliche Rohwarenlager an wertvollen Erzen, Holz usw. Das bedingt schon an und für sich einen großen Binnenschiffsverkehr. Hinsichtlich der Transportrichtungen hat die jüngste Zeit bedeutende Umwälzungen gebracht. Ging der Hauptverkehr früher Ost—West, so geht er heute Nord—Süd. Wurden früher die Landwirtschaftserzeugnisse des Ostens gegen die Industriewaren des Westen ausgetauscht, so sind es heute Schwedens Erze und Finnlands Hölzer usw., die mit Deutschlands und Polens Industrieerzeugnissen, Kohle usw. ausgetauscht werden. Die nördlichen Anliegerländer der Ostsee sind arm an landwirtschaftlichen Gebieten, aber reich an Wäldern, Steinen, Erzen, an industriell ausnutzbaren Wasserkraften usw., während in den südlichen Anliegerländern in der Hauptsache günstige Voraussetzungen für Landwirtschaft und Industrie gegeben sind.

Diese verschiedenartige, sich ergänzende Wirtschaftsstruktur der Ostseeanliegerländer hat heute einen inneren und äußeren Seeverkehr allergrößten Ausmaßes aufgebaut. Einige Ziffern sollen

das belegen: Die jüngsten Untersuchungen der Königl. Schwedischen Kriegswissenschaftlichen Akademie geben für das Kalenderjahr 1937 den Güterumschlag im Seeverkehr der Ostsee mit reichlich 75 Millionen Gütertonnen netto an¹⁾. Der Güterumschlag in der Ostseebinnenschifffahrt ist hierbei außer Betracht geblieben. Eine ungefähre Größenvorstellung dieses Umschlages gewinnt man durch den Hinweis, daß der größte kontinentaleuropäische Hafen im Jahre 1937 einen Güterumschlag von 28,9 Millionen t hatte, Hamburg einen solchen von rund 20 Millionen t hatte. Der Schiffsverkehr und Güterumschlag in der Ostsee ist also — auch am Welthandel gemessen — von ganz gewaltiger Bedeutung. Im Ostseebinnenverkehr stellte sich der Güterumschlag im Jahre 1936 auf 25 Millionen Gütertonnen, wovon 15 Millionen t auf den Küstenverkehr und 10 Millionen t auf den Güterumschlag der Ostsee-Anliegerländer unter sich entfallen. Der gesamte Schiffsverkehrsgüterumschlag in der Ostsee ist also auf 95 Millionen Gütertonnen zu veranschlagen. Von dem Küstenverkehr in Höhe von 15 Millionen t entfallen allein 7 Millionen t auf Schweden. Von den 10 Millionen Gütertonnenumschlag im Binnenverkehr der Anliegerländer entfallen allein 5 Millionen t auf den Kohlentransport.

Für den Außenseeverkehr der Ostsee spielen nur der Kieler Kanal und der Öresund eine Rolle, während die beiden Belte ohne jede Bedeutung sind. Der Schiffs-güterverkehr durch die beiden Hauptwege stellte sich im letzten Berichtsjahre (1936)²⁾ auf 50 Millionen Gütertonnen, wovon 20 Millionen t auf den Kieler Kanal und 30 Millionen t auf den Öresund entfallen. Die Bedeutung des Kieler Kanals liegt weniger auf internationalem Gebiet. Für Schweden ist der Kanal nur von geringer Bedeutung, indem von und nach Schweden rund 4 Millionen Gütertonnen durch den Kanal gehen, während 12 Millionen Gütertonnen durch den Öresund gehen.

Nimmt man den Vergleich mit den bekannten großen internationalen Seedurchfahrtswegen, dem Panamakanal und dem Suezkanal, mit 18,6 bzw. 24,7 Millionen Gütertonnen Durchgangsverkehr im letzten Berichtsjahre, so zeigt es sich, daß der Güterdurchgangsverkehr durch den Kieler Kanal etwa dem Güterdurchgang des Panamakanals entspricht, während die Güterdurchgangsziffern durch den Panamakanal und durch den Suezkanal weit hinter dem Güterdurchgang im Öresund zurückbleiben.

Man kann also nicht um die Tatsache herumkommen, daß der Ostseeraum heute ein Schiffsverkehrs- und Güterumschlagsgebiet von absolut weltwirtschaftlicher Bedeutung geworden ist. Gegenüber der Vorkriegszeit haben sich die verkehrspolitischen Verhältnisse im Ostseeraumgebiet ganz grundlegend geändert. (Rußland stark zurückgedrängt, Deutschland besonders seit 1935 in starkem Vordringen usw. 1)) Geht man den Einzelheiten dieser Strukturwandlung nach (was der Verfasser in einer besonderen Veröffentlichung tut), dann ergeben sich vollständig geänderte Bedingungen für die flottenpolitische Lage im gesamten Ostseeraum, aber gleichzeitig ergibt sich eine stark gewachsene militär-strategische Bedeutung des Ostseeraumes. Doch darüber in einer folgenden Betrachtung, die sich mit bedeutsamen und grundlegenden Änderungen der Ostseeflottenpolitik befassen muß.

1) (Heute ganz erheblich größer.)

2) Neuere zuverlässige, vergleichbare dänisch-schwedische Ziffern liegen noch nicht vor.

ANTON SCHWÄGERL: Der Luftschutz im niederländischen Raum

I. Geographische Voraussetzungen

Selbst in Zeiten wehrpolitischer deutscher Ohnmacht war Holland darauf bedacht, aus innen- wie außenpolitischen Gründen seine aktive wie passive Luftwehr verhältnismäßig auszubauen. Innerpolitisch zwang der reiche Kolonialbesitz dazu; außenpolitisch die direkte Anrandung durch das seine Verteidigungsmittel (Fortifikationen) und Angriffswaffen immer mehr vervollkommnende Belgien sowie England und die indirekte Anrandung durch das vollständig militarisierte Frankreich der Nachkriegszeit, in kolonialer Hinsicht der steigende Druck der Weltmächte (Japan, Vereinigte Staaten) und der dadurch notwendige Ausbau von Schlüsselstellungen (Curaçao, Nordsumatra).

Dieser Ausbau war und bleibt auch unter den heutigen Umständen ein durch die Defensive vorgezeichneter, erst recht natürlich im Luftschutz, der ja als ziviler Luftschutz eigenen Gesetzen und Grundlagen unterworfen ist, wenn er auch nicht immer völlig vom militärischen getrennt werden kann.

II. Luftempfindlichkeit von Land und Volk

Ziel des niederländischen Luftschutzes ist, Leben und Vermögen, vor allem kriegswichtige Betriebe, vor der Vernichtung oder Schadennahme zu schützen. Vergewärtigen wir uns, daß es sich beim Mutterland um ein Volk von 8 Millionen, einen Raum von 34 223 qkm handelt. Als wichtige Tatsachen sind festzustellen, daß wie in Deutschland und England starke Verstädterung und Zusammenballung in Handels- oder Industriezentren herrscht. 46% des Volkes leben in der Stadt (in Deutschland 64,4%), in den 13 größten Städten zusammen 2,606 Millionen, in den 6 Großstädten 2,16 Millionen, also 27,25% (in Deutschland 35%). Die Überbevölkerung zeigt die Dichtigkeit an, die mit 230 pro qkm neben Belgien an der Spitze Europas steht, hat doch Frankreich nur 78, und selbst England nur 147 pro qkm. Dabei ist in den Großstädten der Kasernenhaustypus infolge verfehlter Wohnungspolitik der Vor- und Nachkriegszeit, allerdings stellenweise wie z. B. in Amsterdam wieder durch die Knappheit des für Siedlungszwecke geeigneten Raumes bedingt, stark entwickelt, sodaß hier noch unendlich viel zu tun sein wird, bis die Kerne der Großstadt einigermaßen entlastet sein werden. Fast sämtliche Großstädte befinden sich in Grenznähe, Amsterdam, Haag, Rotterdam, Utrecht, Haarlem, Groningen an der erweiterten englischen, Rotterdam, Maastricht, Eindhoven, Dordrecht an der belgischen Grenze, sämtliche innerhalb einer 50 km-Zone und damit dem oberschlesischen, sächsischen und linksrheinischen Wirtschaftsbezirk Deutschlands vergleichbar. Es sind im Handel und Verkehr in Deutschland 16%, in Holland 23% tätig, in der Land- und Forstwirtschaft in Deutschland 25%, in Holland 23,6%. Daraus ergibt sich von dieser Seite her eine für die Niederlande schärfere Bedrohung als für Deutschland. Die Entfernungen sind für angreifende Flugzeuge außerordentlich gering. Von der Festung Antwerpen nach Rotterdam sind nur knappe 80 km, von der Festung Lüttich nach den großen Bergwerksbassins im südlichen Limburg nur schwache 40 km. Französische

Bomber mit einem Aktionsradius von 500 km würden von den Festungen Sedan und Calais aus spielend sämtliche wichtigeren Objekte der Grenzprovinzen Limburg, Nordbrabant und Südholland mit Gas-, Brand- und Brisanzbomben nach einstündigem Flug erreichen und ohne genügende Abwehr vernichten können. Fast sämtliche Plätze sind offen, die weniger befestigten verfügen nach dem Urteil holländischer Militärs nicht über die entsprechenden Abwehrmittel, um ein Überflogenwerden zu verhindern. Was in Mittel- und Großräumen mit Mittel- oder Hochgebirgscharakter besonderen Vorteil gewährt und einigermaßen entlastend wirkt, scheidet hier aus. Die ebenen Flächen, das Fehlen von Wald, der Küstensaum, schnittige Kanäle, haarscharfe Bahnprofile, in der Nacht belichtete Flußlinien und Meeres-einschnitte (Leuchttürme) sind für den Angreifer von Vorteil. Die Natur des nord-westlichen Europa hat die ganze Lagengunst dieses Raumes an Belgien verschenkt, sodaß die Niederlande eine wesentlich höhere Luftempfindlichkeit aufweisen als ihre Nachbarn. Hinzu kommt, daß die Lebensmittelversorgung des Landes eine ganz überwiegend überseeische ist. Die Großmächte, mit denen Holland zu rechnen hatte, verfügen sämtlich über qualitativ und quantitativ überlegene Kriegsflotten und sind mit Flugapparaten versehen, sodaß nicht nur die Einfuhr bedroht ist, sondern auch ankerndes Schiffsmaterial, Hafenanlagen, vor allem die Öltanks der Großfirmen, — man denke z. B. an die riesigen Anlagen in Rotterdam —, die Bahn- und Trajektverbindungen, Brücken, Dämme und Deiche, Pumpanlagen, Silos und Speicher, Flughallen, daneben aber auch die friedliche und wehrlose Bevölkerung der zahllosen Wohnschiffe und an den Kais liegenden Wohnhäuser. Wer die vornehmlichsten Seestädte des Landes kennt, wird zugeben müssen, daß die Folgen größerer und organisierter Angriffe so katastrophal sein können, daß es besser ist, sie nicht auszudenken.

III. Luftschutzpolitische Folgerungen

Die aktiven Kräfte in der wehrpolitischen Entwicklung der Niederlande entstammen überwiegend entweder alten traditionsgebundenen Offiziersfamilien oder den rassisch hochstehenden Provinzen an der deutschen Grenze. So ist es kein Zufall, daß die Luftschutzbewegung ihre erste Verwirklichung in Gelderland und Limburg fand. Ihre Keime wurzeln zum Teil in den „Bürgerwachen“, die immer mit offenem Blick und tatbereitem Sinn den wehrpolitischen Verhältnissen gegenüberstanden. Ohne Unterstützung durch die Regierung wurde 1934 eine freiwillige Luftschutzorganisation in den Gemeinden aufgebaut, die dann allerdings kräftige Förderung durch die Behörden und Militärkreise erfuhr. Die Gemeinden wurden Träger der Luftschutzorganisation, die sich schließlich über das ganze Land erstreckte, in erster Linie über die Stadtgemeinden, während die Landgemeinden als wenig gefährdet galten und auch heute noch kaum erfaßt sind. Mehrere Großübungen, zuerst jene vom 1. Oktober 1933 in Winterswyk, dann jene vom September 1934, die sich räumlich über die ganze Provinz Overijssel erstreckte, und vom Oktober 1934 mit einer Ausdehnung über Südlimburg, machten den Stand des Luftschutzes vor der breitesten Öffentlichkeit bekannt. Im einzelnen zeigt der Verlauf der Entwicklung folgende Stadien: 1. Privatinitiative, 2. Mitarbeit der Behörden, 3. Großübungen, 4. Aufrichtung der Studiengesellschaft für Luftschutz (Studien-vereening voor Luchtbescherming), 5. Gründung der Zeitschrift „Luchtgevaar“

6. Organisation des behördlichen Luftschutzes, wodurch jede Gemeinde einen Ortsgruppenleiter (Hoofd van den Luchtbeschermingsdienst) erhält, 7. Entwicklung der Luftschutztheorie und -praxis, vor allem des Warnwesens (durch Heranziehung der Radiostationen), des Meldedienstes, der Mobilisierung von Hilfskräften, der Einrichtung von Fluwakos (Flugwachkommandos) mit zahlreichen Horchposten.

IV. Aber noch lange nicht alles ist, luftschutzpolitisch gesehen, in Ordnung

Der niederländische Luftschutz macht somit in kurzer Zeit dieselbe Entwicklung durch wie der deutsche, er dürfte in Aufbau und Wesen von ihm entscheidend beeinflusst sein. Aber es ist noch weit hin zu einem vollkommenen Funktionieren des Apparates. In der Organisation fehlt der industrielle Luftschutz, die Landgemeinden sind in Verkennung ihrer Bedeutung vernachlässigt, die Flugwachen und technischen Trupps verfügen nur über minimale Ausrüstung, ein eigenes Telefonnetz fehlt im allgemeinen, ebenso scharfe Erfassung aller kriegswichtigen Objekte, der Gasspürdienst ist noch unentwickelt, Bereitschaftstrupps sind noch fast nirgends aufgestellt, das Luftschutzschulwesen, das eine gründliche Kenntnis der Grundlagen vermitteln muß, ist noch in den Kinderschuhen. Es wird beanstandet, daß die Übungen überwiegend von der Polizei getragen werden, daß der zivile Luftschutz den Polizeivorstehern unterstellt ist, die im Ernstfall ganz andere Aufgaben zu lösen haben, so daß der Luftschutzdienst darunter leiden muß. Es ist noch recht umstritten, bei welchem Signal Bereitschaft eintritt, ebenso steht der Unterschied von Gesamtalarm und Ortsalarm noch nicht fest, die provinziellen Grenzen werden noch in verfehlter territorialer Einstellung zu scharf eingehalten, die Großwirtschaftsbezirke an der See mit ihrem feinnervigen Arbeitsapparat und ihrer stark materialistischen Einstellung scheinen nicht gerade günstig eingestellt zu sein. Auch das Verhalten des Publikums bewies, daß die Erziehung zu richtigem Verhalten bei Luftschutzgefahr noch nicht die wünschenswerte ist.

Immerhin wird in Holland fest gearbeitet, der Wehrwille der staaterhaltenden Kräfte eignet sich die Erfahrungen von Kriegs- und Nachkriegszeit an und bietet alles auf, um Staat und Volk auf einem geopolitisch trotz peripherer Lage stets gefährdeten Raum in der Verteidigung seiner Unabhängigkeit und Freiheit zu schützen. Die Verdrängung der resignierten Stimmung des vergangenen Jahrzehnts, die zu wehrpolitischer Untätigkeit und den schweren Krisen beim Überfall auf Curaçao durch venezuelanische Abenteurer und gelegentlich der Entführung des Panzerschiffes „Zeven Provinzen“ durch kommunistische Rebellen führte, scheint überwunden zu sein, wenn auch die Auseinandersetzung zwischen den auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit hinzielenden Kräften mit jenen im Fahrwasser internationaler Ideologien oder liberalistischer Wirtschaftsmache unvermeidlich sein dürfte.

Der Aufsatz wurde noch vor dem Eintritt der Westmächte in den Kriegszustand mit Deutschland geschrieben. Inzwischen hat der niederländische Luftschutz Bewährungsproben ernstester Art zu bestehen gehabt, und man kann sagen, daß er die ihm gestellten Aufgaben bisher vollauf gelöst und so die Sicherheit und Unverletzlichkeit des niederländischen Raumes in hervorragender Weise mit gewährleistet hat.

R. E. A. S.:

Bericht über die Lage im Fernen Osten

Anfang August 1939.

Infolge der politischen und militärischen Entwicklung der Lage, welche die Zentralregierung zwingt, sich auf die westlichen Provinzen Szechuan und Yunnan zu konzentrieren, sehen diese Provinzen einer außerordentlich raschen industriellen und verkehrstechnischen Entwicklung entgegen.

Verkehrstechnisch am wichtigsten ist der Bau der Kunming-Suifu-Eisenbahn, die weiter fortgesetzt werden soll nach Chengtu mit einer Zweigbahn nach Chungking, und der Bau der Kunming—Lashio-Bahn (Burmabahn). Wichtig für den Südwesten ist ferner der schon begonnene Bau der Bahn von Lanchow an der Grenze mit Indochina nach Nanning, der bis nach Kweilin weiter fortgeführt werden soll und bei Changcha den Anschluß erreicht an die Kanton—Hankow-Bahn und das nördliche Bahnnetz. Sobald diese drei Bahnen fertiggestellt sind, ist der Südwesten sowohl mit dem burmatischen Eisenbahnnetz wie auch mit dem indochinesischen und dem nord- und mittelchinesischen Eisenbahnnetz verbunden. Der Bau der Nanningbahn ist selbstredend unter den augenblicklichen Verhältnissen wegen der Gefahr der Zerstörung durch die Japaner eingestellt worden, aber der der anderen beiden Bahnen wird um so eifriger fortgesetzt.

Ebenfalls wichtig, und mit der fortschreitenden Entwicklung der Dieselmotoren am zukunftsreichsten, ist der Ausbau der Straßen. Ein großes Netz für die augenblicklichen Verhältnisse recht guter Straßen verbindet die vier Südwestprovinzen Szechuan, Yunnan, Kweichau und Kwangsi. An diesem Straßennetz wird weitergebaut. Hinzu kommt der Bau der Straße nach Burma, die schon fertiggestellt ist und bei trockener Jahreszeit passierbar ist. Es sollen regelmäßig 500 Lastwagen der Regierung auf dieser Straße verkehren, hauptsächlich mit Munitionstransporten. Es sind aber auch schon Versuchssendungen von Importfirmen über Burma nach Kunming auf diesem Wege heraufgekommen. Man nimmt allgemein an, daß die Straße nach der jetzt einsetzenden Regenzeit und nach einer Ausbesserung dauernd, d. h. also auch in kommenden Regenzeiten, für den Verkehr zugänglich ist.

Obwohl die Bahnen und Straßen in erster Linie strategische Bedeutung haben, bildet diese verkehrstechnische Entwicklung des Südwestens doch die Grundlage zu einer weiteren und dauernden industriellen und allgemeinen Entwicklung dieses Teiles von China. Das wird um so mehr der Fall sein, als es gelingt, die jetzt noch unverhältnismäßig hohen Transportunkosten im Innern zu vermindern. Die chinesische Regierung und auch mehrere große deutsche und amerikanische, an diesem Problem interessierte Firmen haben Versuche angestellt, Diesellastwagen mit dem im Innern Chinas vorrätigen Pflanzenöl zu betreiben. Neue Versuche gehen dahin, den im Innern erhältlichen Alkohol dazu zu verwenden. Sollte das gelingen — und dem steht theoretisch nichts im Wege —, dann dürften die Straßen auch in friedlichen Zeiten ihre Bedeutung beibehalten.

Der Ausbau des Flugnetzes ist notgedrungen mit der politischen Lage gerade im Südwesten fortgeschritten, kann aber selbstverständlich wieder vernachlässigt werden, sobald friedliche Zeiten die augenblickliche Bedeutung der Westprovinzen wieder etwas abfallen lassen.

Bei der industriellen Entwicklung sind zuallererst die aus strategischen Gründen nach Yunnan verlegten Arsenale zu nennen sowie die Optische Fabrik und die Flugzeugfabrik. Diese Industrien werden wohl dauernd dort bleiben nach den Erfahrungen, die die Chinesen bisher mit ihren Arsenalen in Reichweite der japanischen Bomber gemacht haben.

Hinzu kommt der ebenfalls für die Zukunft bedeutungsvolle Ausbau der Minen. Yunnan liefert viel Kupfer und Zinn und wird jetzt systematisch nach Bodenschätzen untersucht.

Hand in Hand mit der allgemeinen Entwicklung geht der Ausbau von Kraftwerken, Telephonanlagen und -Leitungen usw. Im allgemeinen aber wird m. E. die kommende Bedeutung von Yunnan überschätzt. Bleiben werden die militärisch-strategischen Industrien und die Ausbeutung der Bodenschätze, die allein zusammen mit der schon erwähnten verkehrstechnischen Entwicklung der Provinz Yunnan eine gewisse dauernde wirtschaftliche Bedeutung geben. Ob aber andere Industrien, die im großen Ausmaße geplant sind, die Hoffnungen der Chinesen und auch vieler Ausländer rechtfertigen werden, bleibt abzuwarten. Bei normalen Zeiten müssen solche Industrien erst ihre Daseinsberechtigung erweisen. Der Eigenverbrauch der Provinz Yunnan und der anliegenden Provinzteile rechtfertigt eine industrielle Entwicklung Yunnans, wie man sie augenblicklich plant, nicht.

Unter den augenblicklichen Verhältnissen ist vielleicht neben der Versorgung Chinas über das neue Verkehrsnetz das Wichtigste, daß mit der besseren Verbindung der Provinzen untereinander ein bedeutender Faktor zur Einheit geschaffen ist.

Es wird viel von der Einheit des sich Japan widersetzenden Chinas geredet und geschrieben. Gewiß, im Vergleich zu dem China von noch vor einem Jahrzehnt sind gewaltige Fortschritte gemacht worden, teils eine direkte Auswirkung des Krieges. Dennoch, die Zustände sind weit entfernt von Idealzuständen. Solange die Zentren des Widerstandes sich um Nanking oder auch noch um Hankow gruppierten, war die Einheit verhältnismäßig gut, da diese Provinzen, die ausschlaggebenden des unteren Jangtsebeckens, der ehemaligen Nankingregierung unterstanden. Es war kein Zweifel über den Einfluß der Zentralregierung in diesem Gebiet. Die Sache sieht sich aber jetzt, wo die Regierung in Chungking sitzt und sich auf die schon eingangs erwähnten Südwestprovinzen stützen muß, anders an.

Praktisch führt die Zentralregierung augenblicklich einen Dreifrontenkrieg. Die eine Front ist Japan, die andere die Provinzialregierungen von Szechuan und Yunnan, und die dritte ist Rußland, dessen Einfluß nicht zu dominierend werden soll.

Die beiden Provinzen Szechuan und Yunnan haben sich von je eine große Selbständigkeit gegenüber der Zentralregierung zu bewahren gewußt. Das ging so weit, daß die Regierung, als sie notgedrungen ihren Sitz von Hankow weiter ins Innere verlegen mußte, wegen Widerstandes der Provinzregierung nicht das viel günstiger gelegene Chengtu wählen konnte, sondern mit dem viel ungünstiger gelegenen Chungking vorlieb nehmen mußte. Chengtu aber ist die Hauptstadt der Provinz Szechuan, und bis heute sind Provinzialgouverneure immer noch mächtig genug, sich die Zentralregierung „vom Leib zu halten“.

Es ist kein offener Krieg, aber unter der Oberfläche schwelt der Gegensatz fort. Den größten Erfolg hat die Zentralregierung bisher gehabt, indem sie, den Gegensatz der verschiedenen Provinzgewaltigen unter sich ausnutzend, die ehemalige Pro-

vinz Szechuan aufgeteilt hat in die Provinz Si Kang, im Westen an Tibet stoßend, und die eigentliche Provinz Szechuan. Obgleich Si Kang augenblicklich kaum eine Bedeutung hat für die Fortsetzung des Widerstandes, so ist doch immerhin die Macht der Provinzialregierung von Szechuan etwas gebrochen. Zu einem offenen Widerstande kommt es nicht, denn dazu ist die Zentralregierung mit den ausgerüsteten und teilweise geschulten Truppen zu mächtig. Tschiang Kai-scheks beste Truppen sollen nicht an der Front stehen, sondern „in Reserve“, d. h. als Machtmittel gegen die Provinzialregierung zurückgezogen sein. Auf einen offenen Konflikt kann es die Zentralregierung auch nicht ankommen lassen, denn obgleich das Ende eines solchen Konfliktes sicher zu deren Gunsten auslaufen wird, wäre die augenblickliche Schwächung der Hauptfront gegen die Japaner doch zu groß.

Schlimmer noch ist es in Yunnan. Yunnan wird scherzeshalber von den Ausländern in Chungking als „Ausland“ für China bezeichnet. Daran ist viel Wahres. Yunnan hat sich von jeher nicht nur wegen seiner von der Zentrale weit entfernten Lage, sondern auch als Pufferstaat im weiteren Sinne, im Verfolg des vor dem Weltkriege geplanten „Sicherungsringes“ Englands um Indien von halbwegs selbständigen Staaten: Belutschistan, Afghanistan, Tibet und Yunnan, seine Selbständigkeit zu wahren gewußt. Daran hat auch der Bahnbau Frankreichs von Haiphong nach Kunming, der Hauptstadt Yunnans, nichts geändert. Dieser Bahnbau, der zum erstenmal Yunnan mit der Außenwelt verband, machte oder konnte Yunnan wenigstens zur Domäne Frankreichs machen. Tatsächlich ist der französische Einfluß auch bedeutend, selbst heutzutage noch. Dennoch fehlte den Franzosen anscheinend der Unternehmungsgeist, aus ihrer Machtstellung die Konsequenz zu ziehen. Später, etliche Jahre nach dem Weltkriege, machte sich langsam auch die erstarkende Nankingregierung bemerkbar. Gegen den von der Nankingregierung getragenen Plan der Verbindung Kunmings, d. h. Yunnans, mit China durch einen Straßenbau, der die Verbindung über Kweiyang, der Hauptstadt der Provinz Kweichau, mit Chungking, damit dem Zentralchina, mit der Hauptverkehrsader des Jangtse, darstellte, hat sich die Provinzialregierung mit Händen und Füßen gestraubt. Der Straßenbau kam dennoch zustande. Man konnte seinerzeit die Wichtigkeit dieser Straße, die lange Zeit der Hauptverkehrsnetz Chinas nach dem Falle von Hankow war, natürlich nicht ahnen. Die Straße ist gewiß nicht eine moderne Verkehrsstraße in unserem Sinne. Sie ist eng, überwindet riesige Höhenunterschiede in kühn geschwungenen, schlecht, meistens gar nicht oder verkehrt überhöhten Serpentinaen. Flüsse werden sogar noch teilweise mit Ruderfahnen überquert. Noch vor etwa einem Jahre war man in Hankow der Ansicht, daß die Straße niemals für eine Versorgung Chinas in Frage käme.

Dennoch hat sie sich bewährt und ist lange Zeit der Lebensverkehrsnetz für China gewesen. Jetzt ist durch den fortschreitenden Straßenbau auch diese Straße entlastet. Aber sie bleibt von ungeheurer Bedeutung für China. Die Zeitungsberichte gehen darüber auseinander, wie bei so vielen Meldungen über China.

Die Annäherung Yunnans an Zentralchina besteht aber erst seit dem Konflikt. Bis dahin hat die Provinzialregierung in Yunnan sich fast eine unumschränkte Herrschaft in der Provinz Yunnan zu halten gewußt, sodaß die chinesische Herrschaft eigentlich nur nominell war. Selbst heute noch ist der Einfluß der Zentralregierung äußerst gering, wirtschaftlich wie auch machtpolitisch. Die augenblickliche Lage Kunmings und Yunnans als Schlüsselstellung der Ein- und Ausfuhr Chinas bringt

ungeheure finanzielle Vorteile für die Provinzialregierung mit sich. Diese Machtstellung wird auch eifrigst ausgenutzt durch Erhebung von vollkommen ungerechtfertigten „consumption taxes“, selbst auf Durchfuhrware. Da Geld bei dem einzelnen Chinesen der ausschlaggebende Faktor seines Tuns und Lassens ist, so versucht natürlich die Provinzialregierung das beste aus der Situation herauszuholen, indem sie sich mit der Zentralregierung gut stellt. Das ist um so leichter, als ja praktisch keine unmittelbare Gefahr für Yunnan durch den Krieg besteht.

Kunming, Hauptstadt und Mittelpunkt der Provinz Yunnan liegt knapp 2000 m hoch und hat angeblich eine gute Abwehr: Geschütze sowohl wie auch Scheinwerfer und Jagdmaschinen. Die Abwehrgeschütze sollten angreifende Bomber auf mindestens 3000 m Höhe zwingen. Dazu kommt die Höhenlage von etwa 2000 m. Ferner sind die augenblicklich am nächsten liegenden Operationsplätze der Japaner, Kanton und Hankow, über 1000 km Luftlinie entfernt. Selbst Operationsbasen auf Hainan, von wo aus aller Wahrscheinlichkeit der letzte Angriff auf Kunming stattgefunden hat, sind immerhin noch etwa 1000 km Luftlinie von Kunming entfernt. Es konnten also nur Spezialflugzeuge mit sehr großem Aktionsradius die Bomber begleiten. Tatsächlich sind solche Jagdflugzeuge noch nicht in Erscheinung getreten. Es ist also anzunehmen, daß den Japanern solche nicht zur Verfügung stehen. Zwischen den genannten Operationsplätzen der Japaner und Kunming liegen mehrere Höhenzüge, die teilweise Wettersecheiden bilden und meistens in Wolken gehüllt sind, sodaß ein Blindfliegen ohne Bodenorganisation äußerst schwierig ist. Das Klima in Yunnan, das während der Sommerregenzeit einem Anfliegen sehr hinderlich ist und im Winter bei meist klarer Sicht durch heftige Westwinde ankommende Bomber ebenfalls sehr hindert, ist ein weiterer Sicherheitsfaktor für Kunming.

Die Aussichten, daß Kunming von den Japanern regelmäßig bebombt wird, so wichtig das auch für die Japaner sein würde, ist also sehr gering. In der Tat sind japanische Bomber, ohne Schutz von Jagdflugzeugen, erst zweimal über Kunming gewesen, einmal im vorigen Jahre und einmal in diesem Jahre am Ostersonnabend. Das erstemal war die chinesische Abwehr angeblich noch nicht auf der Höhe, das zweitemal versagte sie kläglich. Dennoch haben die Japaner kaum irgendwelchen nennenswerten Schaden angerichtet, da sie anscheinend nur Bomben kleinen Kalibers wegen der weiten Wegstrecke sowie wegen der Höhen, die sie zu überwinden hatten, mitnehmen konnten. Selbst wenn die Japaner also bisweilen nach Kunming kommen sollten, so wird der Schaden nicht sehr groß sein. Gefährlich können nur Brandbomben bei einer zumeist aus Holz aufgebauten Stadt wie Kunming werden.

Auf Grund der guten Geschäftsmöglichkeiten der Yunnanesen und ihrer ungefährdeten Lage bis jetzt, sind die Beziehungen der Yunnanprovinzialregierung mit der Zentralregierung verhältnismäßig gut. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß dieses Verhältnis doch nur schwache Stützen hat und die Yunnanprovinzialregierung sich bis jetzt, militärisch, machtpolitisch wie auch wirtschaftlich zu behaupten gewußt hat. Es auf einen Konflikt mit der Provinzialregierung ankommen zu lassen, ist meines Erachtens die Zentralregierung nicht in der Lage. Ein Abschneiden der so wichtigen Importstraßen nach Haiphong oder Burma, über die mehr oder minder auch der Rest des importfinanzierenden Exportes geht, würde das Ende für die Zentralregierung bedeuten.

Die „dritte Front“, Rußland, ist nicht so sehr das eigentliche Rußland, denn von dort könnte ja nur Verstärkung für die Chinesen in Form militärischer und wirtschaftlicher Unterstützung kommen; es ist vielmehr der wachsende Einfluß, den die Kommunisten dank der augenblicklichen politischen Schlüsselstellung der Russen für China bekommen.

Die Zentralregierung war vor dem Kriege sehr energisch in der Bekämpfung der Kommunisten und hatte auch schon große Erfolge. Die Zwangslage des Krieges, die einerseits Rußland gegenüber alles mögliche Entgegenkommen notwendig werden

läßt, andererseits aber durch Bindung der militärischen Machtmittel an der Front eine wirksame Bekämpfung der Kommunistenbanden unmöglich macht, stärkt den Einfluß der Kommunisten in dem unbesetzten China außerordentlich. Das ist nicht im Sinne der Zentralregierung, die ja als Ziel hat, das „nationale“ China gegen Japan ins Feld zu führen.

Das Räuberunwesen im Innern, das nicht mehr wirksam bekämpft wird, breitet sich aus und bedeutet ganz automatisch eine Schwächung der Front und der Zentralregierung. Es kommt oft schon so weit, daß in den für Räuberbanden glänzend geeigneten öden Hochebenen, Gebirgen und Schluchten von Kweichau, die, mit der Aufgabe der Bandenbekämpfung von der Regierung gesandten militärischen Abteilungen mit denselben Banden stillschweigende — aber echt chinesische — Abkommen treffen: solange die Banden den Distrikt des betr. militärischen Führers in Frieden lassen, bleibt dieser in seinem Standquartier und läßt die Banden ebenfalls unbehelligt. Wenn man bedenkt, daß man auf der Straße Kunming—Kweiyang—Chungking oft ...zig Kilometer lang keine menschliche Behausung trifft, geschweige denn ein Dorf oder eine Stadt, so kann man ermessen, was für ein Unsicherheitsfaktor dieses Bandenunwesen in China für die Zentralregierung in der augenblicklichen Lage ist und noch werden kann, zumal gerade von dieser Straße soviel für sie abhängt.

Dabei ist in Rechnung zu stellen, daß das Bandenunwesen sozusagen in China über Nacht bei den augenblicklichen Verhältnissen wachsen kann. Es ist nur ein kleiner Schritt von den für China gegen Japan kämpfenden „Kommunisten“ oder den „Guerillas“, von dem sich für Ideale „aufopfernden“ Chinesen bis zum Räuber, und praktisch kann man diese Gruppen auf dieselbe Stufe stellen. „Ein sich für Ideale Aufopfern“, wie es so schön in den vielen Zeitungen und Berichten heißt, liegt dem Chinesen gar nicht. Wenn keine Japaner zu bekämpfen sind, so „bekämpft“ er eben seine eigenen Landsleute, d. h. räubert sie aus. Vielerorts haben doch die Guerillas mit den japanischen Besatzungen stillschweigende Übereinkommen, daß, solange diese Besatzungen, die oft nur $\frac{1}{10}$ und weniger der sie umgebenden „Guerillastreitkräfte“ sind, die Guerillas in Frieden lassen, die Guerillas den Japanern nichts tun, daß die Japaner aber auch die Städte nicht verlassen dürfen. Der Erfolg ist natürlich, daß die Guerillas, allein schon um leben zu können, sich das Nötige von ihren eigenen Landsleuten auf eine nicht immer friedfertige Art und Weise holen. Exporte z. B., die nach Hongkong vom Hinterland seit dem Falle von Kanton auf Umwegen kommen, stehen sehr teuer ein, da die Guerillas, anstatt diesen Exportwaren, die den Widerstand der Chinesen verlängern, da ja Devisen dafür hereinkommen, allen möglichen Vorschub zu geben, hohe „protection fees“ einkassieren. Der an sich schon sehr erschwerte Exporthandel Chinas, der gerade augenblicklich so lebensnotwendig für die Zentralregierung ist, wird durch die „Verteidiger“ Chinas teilweise fast unmöglich gemacht.

Die Erfolge, die die Guerillas errungen haben, sollen nicht bestritten werden. Es ist aber klar, je länger der Krieg andauert, um so zweischneidiger wird die Frage der Guerillas für die Zentralregierung; das Bandenunwesen, sei es kommunistisch gefärbt oder nicht, bedeutet eine nicht zu unterschätzende Gefahr.

Wenn die Zentralregierung unter Berücksichtigung der angeführten Schwierigkeiten, von den wirtschaftlichen-finanziellen Schwierigkeiten, auf die ich später noch zu sprechen komme, ganz abgesehen, seit dem Falle Hankows gut drei Vierteljahr den Widerstand gegen Japan mit Erfolg aufrecht gehalten hat, so ist das beinahe rätselhaft für einen Europäer. Auf jeden Fall steht fest, daß der Ausbau des Verkehrsnetzes unter den augenblicklichen Verhältnissen in den Südwestprovinzen, der von seiten der Zentralregierung mit einem uns unbegreiflichen Optimismus

durchgeführt wird, zusammen mit der damit verbundenen Bewältigung des Transportproblems, die größte Leistung der Zentralregierung ist. Darüber hinaus ist die Bedeutung für eine Einigung und eine Ausdehnung des machtpolitischen Einflusses der Zentralregierung durch das großzügig angelegte und teilweise ausgebaute Verkehrsnetz nicht zu unterschätzen.

Die militärische Lage hat sich seit Beginn des Jahres kaum wesentlich geändert. Im Norden gehen die Kämpfe mehr oder minder intensiv weiter, ohne nennenswerte Erfolge auf der einen oder der anderen Seite zu zeitigen. In Zentralchina sind die Japaner kaum einen Schritt weiter gekommen. Sie haben Chungking, die jetzige Kriegshauptstadt, sowie viele andere kleinere Orte von Hankow und Kanton aus mit Bombern heimgesucht. Obgleich Kweilin und Kweiyang im Anfang des Jahres schwer beschädigt worden sind und die Ruinen in Kweiyang mitten in der Stadt noch drohend und gespenstisch aufragen, so ist doch der Schutt längst wieder hinweggeräumt und das Leben geht weiter, wie vordem. Chungking, das bis Ende April infolge des durch die Jahreszeit bedingten Nebels, ziemlich sicher war, bekam die Besuche der japanischen Bomber seit Anfang Mai, als sich das Wetter mit dem näherkommenden Sommer saisonmäßig besserte. Die Luftangriffe haben viel Schaden angerichtet, wie auch Opfer an Menschenleben gekostet. Dennoch sind die Berichte in den Zeitungen gerade von den Chinesen sehr gefärbt und zu propagandistischen Zwecken ausgenutzt. Man darf bei alledem nicht vergessen, daß Luftangriffe allein nicht einen Krieg gewinnen, daß es immer noch die nachrückende Infanterie ist, die den durch die Angriffe der überlegenen Flugkräfte gewonnenen Vorteil ausnutzt und den Krieg gewinnt. Das hat nicht nur Spanien bewiesen, das beweist sich jetzt wieder in den Kämpfen in China. Selbst die demoralisierende Wirkung, von der soviel gesprochen wird, ist nicht so hoch einzuschätzen, gerade nicht bei den Chinesen. Es kommen einige Tausende um, das macht aber den anderen nichts aus, das Leben geht ruhig weiter; China hat ja so viele Menschen, da kommt es auf ein paar Tausend mehr oder weniger gar nicht an.

Von Kämpfen kann in ganz China auch eigentlich nicht die Rede sein, wenigstens nicht von einem Krieg, wie wir in Europa ihn verstehen würden. Die Chinesen ziehen sich seit den letzten eigentlichen Kämpfen vor Hankow immer nur zurück und lassen es auf einen Kampf gar nicht ankommen. Da die Japaner nicht endlos folgen können, so ist automatisch ein Stillstand eingetreten. Einen Begriff von der Intensität der Kämpfe gibt folgende kleine Geschichte. Um Chinesisch Neujahr (20. Februar 1939) konnte man in Chungking nicht für gutes Geld und noch bessere Worte eine Flasche Bier bekommen; es war einfach nichts da. Etwa anderthalb Monate später gab es wieder Bier — und zwar das japanische Asahi-Bier, das einige unternehmende Chinesen (oder Japaner?) durch die „Kampfeslinie“ von Hankow nach Chungking hindurchgebracht haben müssen und noch bringen.

Wenn man dann noch bedenkt, daß mit dem Besitz des Yangtse oberhalb Hankows Chungking steht und fällt, dann kann man sich auch einen Begriff machen von der Intensität des Kampfes.

Den Japanern ist es bisher noch nicht gelungen, die Verbindung von Hankow mit den Truppen im Süden, d. h. Kanton, herzustellen. Changcha, der wichtigste Ort auf dieser Verbindungslinie, ist immer noch in chinesischen Händen, und so para-

dox es auch klingen mag, wenn man sich die Karte von China ins Gedächtnis zurückruft, eine der Hauptversorgungsadern der Zentralregierung in Chungking war, bis zu dem kürzlich erfolgten Fall Swatows, der Weg — von Swatow über Changcha nach Chungking, man könnte also beinahe sagen, mitten durch die japanischen Linien hindurch. Das zeigt zur selben Zeit die große Bedeutung der Abriegelung Zentral- und Südchinas von dem übrigen China durch eine feste Besetzung der Strecke Hankow—Kanton. Dazu sind die Japaner aber mit den augenblicklich in China stehenden Truppen wohl kaum in der Lage, da die Strecke Kanton—Changcha—Hankow schon in der Luftlinie gut 1000 km lang ist. Das Gelände ist unwirtlich, von mehreren großen bis zu 3000 m ansteigenden Höhenzügen durchsetzt, die Verkehrsmöglichkeiten sind schlecht. Das zeigt wieder, daß der Hauptfeind Japans die Weite des Landes ist, die jetzt erst, nach dem Falle Hankows und nach der Besetzung der wichtigsten Küstenplätze, für die Japaner anfängt sich auszuwirken.

Im Süden ist die Aktivität der Japaner auf dem Lande nach dem Falle Kantons praktisch zum Stillstand gekommen. Die Flotte hat eine verschärfte Blockade angekündigt und mit der Besetzung Swatows und noch einiger Küstenplätze die einzigen militärischen Aktivposten buchen können nach dem Falle Hankows und Kantons. Doch ist die Blockade immer noch nicht so durchgeführt, daß sie Chinas Lebensnerv, die Einfuhr und, was in diesem Falle wichtiger ist, die die Einfuhr bezahlende Ausfuhr, unterdrückt. Die Einfuhr kann in genügendem Maße über Französisch Indochina und Burma geleitet werden. Für die Ausfuhr der China noch verbleibenden Güter hatte sich Hongkong langsam als Zentrum ausgewachsen. Eine Umleitung dieser Ausfuhr, die zum großen Teil auf echt chinesische Art tropfenweise auf den unmöglichsten Wegen nach Honkong gelangte, über Haiphong oder Burma dürfte augenblicklich wegen der Wegverhältnisse und besonders auch wegen politischer Verhältnisse außerordentlich schwierig sein.

Es fehlt bis jetzt zu einer erfolgreichen Blockade der Süden Chinas mit der französischen Kolonie Kwangchauwan und dem chinesischen Hafen Packhoi. Die Besetzung Hainans hat, militärisch gesehen, keine große Bedeutung, ausgenommen vielleicht, daß es eine gute Operationsbasis für kriegerische Ereignisse an der Südküste Chinas geben könnte und eine gute Flugoperationsbasis wäre. Dazu würde sich das Festland aber viel besser eignen und nach den bisherigen Erfahrungen würden die Japaner z. B. bei einer Besetzung Packhois kaum wesentlichen Widerstand erfahren haben.

Die militärischen Aktionen, also der Kampf an sich, sind zur Zeit zum Stillstand gekommen. Im Norden ist keine Entscheidung von Bedeutung gefallen, ebenfalls nicht in Zentralchina noch im Süden oder an der Küste mit Ausnahme der Besetzung Swatows.

Es sind aber auch keine schwerwiegenden Entscheidungskämpfe zu erwarten. Die Japaner haben die Möglichkeit, im Hochsommer oder Anfang Herbst, wenn der Yangtse wieder mehr Wasser führt, unter Umständen die Ichangfälle mit leichten Kanonenbooten zu überwinden und einen Schritt weiter nach Chungking zu kommen. Aber selbst wenn Chungking genommen werden sollte, so würde das bei der Haltung der Chinesen, die sich dann weiter zurückziehen, noch lange keine Entscheidung bedeuten, sondern nur eine große Mehrbelastung der Japaner, militärisch wie auch finanziell.

Im Süden bestände die Möglichkeit, den Sikiangfluß und den Hung Shufluß, die die Provinzen Kwangtung und Kwangsi und auch Yunnan durchfließen, entlang vorzudringen.

Bis zu dem wichtigen Ort Wuchau in Kwangtung sollte für leichte Kanonenboote keine Schwierigkeit vorhanden sein.

Dann besteht noch die Möglichkeit einer vollständigen Blockade der Küste, die aber trotz mehrfacher Ankündigung weder im Norden noch in Mittelchina wirksam in Kraft getreten ist, geschweige denn im Süden.

Aber zu allen diesen Möglichkeiten müßten die Japaner neue große Truppeneingebote nach China werfen, der Enderfolg stände in keinem Verhältnis zu dem Aufwand und würde sicher keine Entscheidung bringen. Das Wirksamste und für die überlegene japanische Flotte — eine chinesische gibt es praktisch nicht, denn die etwa 10 kleinen Zollkreuzer in Hongkong haben keinen Kampfeswert —, das Einfachste wäre noch eine Blockade, die die Wirtschaft Chinas sehr empfindlich treffen würde.

Die Luftangriffe, auf die die Japaner sich militärisch gesehen augenblicklich fast ausschließlich in Mittelchina konzentrieren, bringen keine Entscheidung und verfehlen sogar die erhoffte demoralisierende Wirkung.

Auf der anderen Seite ist nicht anzunehmen, daß die Chinesen von der bisher verfolgten Strategie des „Sichzurückziehens“ abgehen werden und an irgendwelchen, von den Japanern schwach besetzten Stellen, Entscheidungen in Form von Durchbrüchen erzwingen werden, wozu sie auf Grund der überlegenen Zahl und auch der teilweise guten Bewaffnung in der Lage sein sollten. Die Chinesen könnten damit ein Zusammenfallen gewisser Fronten der Japaner bewirken, was zwar auch nicht entscheidend ist, dennoch aber für die Japaner sehr empfindliche Rückschläge bringen könnte. Selbst die Luftwaffe, auf deren Aufbau die Chinesen sehr viel Sorge gewandt haben, dürfte den Japanern keine Schwierigkeit bereiten.

Am Ostersonnabend kamen zwei japanische Staffeln nach Kunming in glänzender Ordnung, trotz heftiger Gegenwinde und langer Flugstrecke (wahrscheinlich von Hainan), bombten den Flugplatz von Kunming unbehelligt und flogen wieder von dannen. Zur Zeit, als der Alarm gegeben wurde, waren etwa 60 bis 70 chinesische Jagdflugzeuge auf dem Flugplatz.

Wenn man annimmt, daß die Hälfte etwa in nicht flugfertigem Zustand, in Reparatur usw. gewesen ist, ferner von den verbleibenden 30 bis 40 Flugzeugen etwa 20 reine Schulungsmaschinen gewesen sind, so bleiben doch immerhin 15 bis 20 Jagdflugzeuge, darunter einige der neuesten französischen Typen, die die ankommende Staffel der Japaner von 13 Flugzeugen und die später ankommende japanische Staffel von 8 Flugzeugen hätte auffangen können. Die Japaner hatten bei dem langen Anmarschweg natürlich keine beschützenden Jagdflieger als Begleitflieger. Genügend Zeit zur Vorbereitung hatten die Chinesen, denn vom ersten Alarm bis zum Erscheinen der Japaner war ein Abstand von etwa 2 Stunden. Tatsächlich war, als die Japaner ankamen, ein einziger Jagdflieger der Chinesen in der Luft, wohl aus Versehen, alle anderen hatten das Weite gesucht. Bericht der Zeitungen: Glänzender Erfolg der Chinesen, denen es gelungen sein sollte, alle Flugzeuge vor dem japanischen Angriff in Sicherheit zu bringen.

Das wirft ein bezeichnendes Licht auf die Schlagkraft der chinesischen Flugwaffe. Es sollen allerdings jetzt in Kweilin russische Flieger stationiert sein, von deren Aktivität man bisher noch nichts gehört hat. Die Erfolge, die die Chinesen — mit einigen Ausnahmen bei den Kämpfen um Schanghai — bisher in den Luftkämpfen gehabt haben, sind in Nanking wie auch in Hankow hauptsächlich den ausländischen Fliegern zuzuschreiben.

Es besteht wohl kein Zweifel darüber, daß die Chinesen die Ruhe der letzten Zeit dazu ausgenutzt haben, hauptsächlich über Burma Munition und andere wichtige Kriegsmaterialien in großen Mengen hereinzubringen, so daß selbst bei einer verschärften Blockade und einer schlechteren wirtschaftlich-finanziellen Lage, der Widerstand für gewisse Zeiten aufrechterhalten werden kann.

(Schluß des Berichtes folgt im nächsten Heft.)

FRIEDRICH OTTE:

Niederlassungen und Konzessionen in Fernost

Es steht wohl fest, daß die Ostasiaten, die nur sich selbst Kultur zuerkannten, nach 1517, als die Portugiesen in China ankamen, den Handel treibenden Europäer bewußt in ein Ghetto einsperrten, um den Eindringling zu isolieren, damit er dem Volkskörper keinen Schaden zufüge. Das war der Anfang der Hafenkolonien. Aufenthaltsberechtigung im Innern haben die Europäer in China heute sogar grundsätzlich noch nicht. Es kam aber anders, Silber aus Mexiko und Opium aus Indien untergruben gewisse Grundlagen der an sich ausgeglichenen Bedarfswirtschaft Ostasiens, besonders Opium. Indien führte nach China an Opium aus: 1729 nur 200 Kisten je 70 kg; 1767 schon 1000 Kisten; von 1840 bis zu 30000 Kisten (Malwa-, Patna- und Benares-Marken). Das Jahr 1842, das den Opiumkrieg beendet sah, bedeutet also nur die Verschärfung und Legalisierung eines bereits bestehenden Zustandes, zugleich aber hob es den „isolierten“ weißen Mann machtpolitisch und rechtlich nunmehr über den Ostasiaten hinaus, in Japan etwas später. Das war das Ende einer 300jährigen Minderberechtigung. Die Ghettos wurden nun schnell zu bevorrechtigten Niederlassungen und später auch zu Konzessionen, in denen sich die Finanz- und Wirtschaftsmacht zusammenballte. Die Statik im Innern blieb größtenteils ungestört, aber der Fremde und der Ort, wo er siedelte, wurden der Gewalt der Mandarinen entzogen. Die Polizeigewalt, die Rechtsprechung über Fremde, auch über britische Inder, französische Annamiten, ja sogar — nicht ohne Widerspruch — über Chinesen, die in Hongkong, Singapore usw. britische Staatsangehörige geworden waren, ging in die Hände der fremden Konsuln über. Damit entstanden vielerlei „Staaten im Staate“ (ein Ausdruck, den die Kuomintang früh schon übernahm); auch in jenen Vertragshäfen, in denen eigentlich keine abgegrenzten Niederlassungen lagen, die Fremden aber nach den Verträgen wohnen und arbeiten durften. Dort gab es dann nicht nur ein Strafgesetz, sondern ein Dutzend und mehr, ein anderes für jede Nation. Der Vertragshafen war der weiteste und lockerste Begriff der Niederlassung in der Praxis, danach käme die Niederlassung, „international“ dem Namen nach, wie in Schanghai, zuletzt die Konzession, so die britische, französische, italienische und japanische in Tientsin heute noch, die deutsche und russische dort bis 1917, die belgische bis 1927. Diese Konzessionen unterstehen nur der Gewalt der betreffenden Konsuln bzw. der ihnen untergeordneten Stadträte. In Niederlassung und Konzession war die Polizeigewalt nicht nur in der Form vielleicht eines Polizeidieners (constable) sichtbar, sondern sie war städtisch organisiert. Als erhabenstes Symbol dieser geschichtlichen Ent- und Verwicklung galt und gilt die „Internationale Niederlassung“ in Schanghai, um deren Fortbestehen heute der eigentliche Kampf geht, auch wenn zur Zeit erst die Außenforts berannt werden, so die Niederlassungsinsel Kulangsu im chinesischen Handels- und Kriegshafen Amoy im Süden ab 12. Mai 1939 und die Britische Konzession im nördlichen Tientsin ab 14. Juni 1939. Dies ist die Meinung der chinesischen Presse heute ¹⁾.

1) Vgl. Friedrich Otto: „Niederlassungen, Konzessionen und Pachtgebiete in China“ im Zftf. für Politik, Bd. XVI, Heft VI, 1927, auch die dort angegebenen Quellen. Ich entnehme folgende Stelle S. 607 f: „Lord Meston, eine Autorität in Dingen der englischen

In Japan war die staatspolitisch zersetzende Auswirkung der Fremdenkolonie unter Exterritorialitätsschutz der Fremden nach 1894/95 beseitigt worden, der Westländer wurde der japanischen Polizei unterstellt. In China hingegen verstärkte sich seitdem die Stellung der Ausländer weiter, vor allem auch nach den Boxerwirren ab 1901. Vor dem Ausscheiden der drei mandschurischen Provinzen gab es 47 Vertragshäfen in China, von Tengyüeh im äußersten Südwesten bis zum Amurknie im äußersten Norden, ein ungeheurer Raum: 8 in der Mandschurei, 6 an der Nordostküste bis Schanghai hinab, 12 am Jangtsekiang mit Schanghai, 8 an der Küste bis Kanton, 7 am Westfluß mit Kanton, 2 am südlichsten Küstenstrich, 4 an den Landgrenzen nach Tongking, Birma und Tibet hin. Sie unterstanden sämtlich dem Generalinspekteur der chinesischen Seezollverwaltung, ab 1854 bis heute stets ein Engländer.

Allerdings — von diesen Vertragshäfen aus, besonders von den größeren, wobei wir die Pachtgebiete Kiautschou und Dairen einschließen, drang auch viel frisches Tun und Denken, also neues Leben, in das dahindämmernde Leben des riesigen Agrarstaates ein. Dies zugegeben, so verbleibt doch richtig, was die Engländer selbst schreiben, nämlich, daß z. B. die „Internationale Niederlassung“ in Schanghai ein Mittelpunkt politischer Intrige sei, wo Unruhestifter, Erpresser, Räuber und Verbrecherbanden, Revolverhelden und Verleumder ihr Wesen treiben. Allerdings wird dies mit Duldsamkeit und mit Nichteinmischung in die chinesische Politik weg-erklärt. Derartige Vorkommnisse sind jedoch im Innern selten, außer bei Aufständen, die dann aber oft von den Niederlassungen aus geleitet wurden.

Geopolitisch gesehen sind die Vertragshäfen die Öffnungen für die Saugröhren für Ausfuhr und, vom Innern gesehen, Einfuhr; sie beherrschen den gesamten Verkehr zu Wasser und zu Lande in einem Gebiet, das ursprünglich, d. i. vor 1932, rund dreiviertel so groß wie Europa war. Die Settlements sind dort zuerst entstanden, wo das Verkehrsleben am stärksten pulsierte, in Kanton und an der Küste bis Schanghai.

Das Höchstmaß der Entwicklung hat die Machtstellung aller Fremdmächte und mithin der Fremdkolonien kurz vor 1914 erreicht, also bis zu dem Zeitpunkte, wo das „Europäische Konzert“ im Fernen Osten endgültig und unwiderruflich in die Brüche ging. Der chinesische Raum war zur Halbkolonie geworden und in fünf Interessensphären aufgeteilt: Rußland im Norden, Japan im Nordosten, Deutschland in Schantung, Großbritannien Jangtsetal und Süden bis Hongkong und äußerster Westen, Frankreich Hainan bis Yunnan. Die deutsche Interessensphäre hing in der Luft, das heißt, sie hatte keine Anlehnung an ein territoriales Machtzentrum, etwa wie die Südmandschurei an Korea—Japan, Yünnan an Annam usf.

Der große Fehler der Briten bestand darin, daß sie versuchten, nach 1919 in China das zu wiederholen, was in Europa geglückt war. So wie in Europa das Deutsche Reich behandelt worden war, so sollte im Fernen Osten Japan behandelt werden, allerdings in sehr viel verschleierterer Form. Der Belege sind viele. Beispielsweise waren die Verträge von Washington, die der „Offenen Tür“ dienen soll-

Kolonialpolitik in Asien, sagt: „The fall of Shanghai means that western Civilisation will have been beaten by Oriental Nationalism. It means disaster in India“ (United Press, London 1927, 30. Januar).“ „Western“ heißt hier britisch, denn Mitteleuropa zählte nicht. Empfohlen wird die Kontrolle der Eisenbahnen im Innern usf.

ten, in den Augen der Japaner für Japans Hoffnungen auf eine natürliche Expansion seiner Wirtschaftsmacht ein Begräbniszeremoniell („funeral service“), in den Augen vieler hochstehender Chinesen ein Bevormundungsdiktat. Die Chinesen wehrten sich gegen fremde Gerichtsbarkeit, Pachtgebiete, Niederlassungen und Konzessionen, gegen Vertragshäfen, fremde Schiffahrtsrechte auf Binnengewässern u. dgl.

An diesem Status quo, der auf 1842 zurückging, sollte und soll aber gerade nach Ansicht der Briten möglichst nichts geändert werden, sie stützten sich auf ihre Rechte mit dem territorialen Hauptstützpunkt Hongkong im Süden und der praktisch exterritorialisierten Schanghaier „Internationalen Niederlassung“ bei der Jangtmündung im Norden. Die Gegner waren China und Japan. Es ging so weit, daß man sogar versuchte, die Japaner aus der „internationalen“ chinesischen Seezollverwaltung wieder hinauszudrängen, in der sie ihre Stellung ab 1917 auf Kosten der entlassenen Deutschen stark verbreitert hatten. Aber die natürliche Entwicklung war gegen Großbritannien; es geriet nacheinander in Gegensatz zu allen Amerikanern, Chinesen, Japanern, Sowjetrussen. Ab 1925/26, nach dem gewaltigen Boykott der Chinesen gegen die englische Schifffahrt nebst Handel, beginnen die Rückzugsgefechte (Note vom 18. Dez. 1926 an China). Der Schlachtruf: „Wenn die Japaner den Norden nehmen, dann nehmen wir das Jangtsetal“, verstummte allmählich.

Welche ideologischen Gesichtspunkte bestimmen nun die britische Handlungsweise? Antwort: überhaupt keine. Alle ideologischen Gesichtspunkte wurden dem reinen Machtstreben untergeordnet. Großbritannien hat zwischen 1914 und 1939 in Fernost immer wieder die Fronten gewechselt. Es kämpfte mit Chinesen gegen den Sunyatsenismus und mit diesem bzw. der Kuomintang wieder gegen andere Gegner; es ging gegen die und mit der Sowjetrepublik, es hielt sogar den Vertrag von 1911 nach außen hin noch aufrecht, während es Japan ab 1922 in Schantung bekämpfte. Ja, kurz nach dem Versailler Diktat, durch das die deutschen Ströme exterritorialisiert wurden, versuchte man die Deutschen gegen die Chinesen einzuspannen, indem man ihnen steckte, sie dürften nicht auf die Konsulargerichtsbarkeit in China verzichten. Aber bei allem diesen Hin und Her ist ein ruhender Pol in der Erscheinungen Flucht deutlichst erkennbar, das Streben nach Selbstbehauptung in den Vertragshäfen, Niederlassungen und Konzessionen; in der Hinsicht blieben die Briten sich selbst getreu. Mit der Zunahme des Verkehrs waren die Vertragshäfen immer wichtiger geworden, wobei die größeren, vor allem Schanghai, auf Kosten der kleineren als Mittelpunkte der neuen Verkehrsmöglichkeiten wuchsen (Schifffahrt ab 1842, Eisenbahnen ab 1894/95, Autostraßen ab 1928, Luftverkehr ab 1930). In einzelnen:

1917. Die sogenannte „Internationale Niederlassung“ stellt nach dem 14. August als China unter Druck und durch Bestechung in den Krieg gegen Deutschland eintrat, die Deutschen gegen den Willen der Chinesen unter die, de facto britische, Polizei des Stadtrates. Die Deutschen werden aus den Hotels der Niederlassung ausgewiesen.
1919. Die Chinesen verlassen Versailles, weil ihre Rechte in Schantung an Japan übermacht werden, Bruch der Versprechungen.

1922. Die Verträge der „Offenen Tür“ von Washington. Die Japaner werden aus Schantung verdrängt. China Objekt des Handelns.
1923. Raubüberfall auf die Pukow—Tientsin-Bahn bei Lincheng. Englische Kreise erklären öffentlich, China sei unfähig, sich selbst zu regieren, die Bahnen sollten sämtlich unter Kontrolle gestellt werden. Die Chinesen sind empört.
1925. 30. Mai. Zwischenfall in der „Internationalen Niederlassung“ in Schanghai. Die Chinesen boykottieren englische Schifffahrt, Handel, Hausdienst usf. Großbritannien gibt nach einjährigem Wirtschaftskampf nach, verspricht den Chinesen Aufgabe der Sonderrechte (Note vom 18. Dez. 1936).
1927. Neue Schwenkung. Großbritannien stachelt die Chinesen gegen die Sowjetrepublik auf. Die Chinesen dringen in die russische Botschaft in Peking ein. Abbruch der Beziehungen bis 1932.
- 1930/31. Die Engländer veröffentlichen einige dicke Bände mit Rechts- und Wirtschaftsgutachten des südafrikanischen Richters Feetham, der beweist, die Niederlassung könne nicht an China zurückgegeben werden, bevor nicht Ruhe im Innern eintritt. Die Chinesen wissen umgekehrt, daß Ruhe im Innern erst nach Rückgabe eintreten kann.
1931. Japans erster Angriff. 18. September Putsch in Mukden, die Mandschurei wird 1932 Kaiserreich. Großbritannien schwenkt nach Sowjetrußland hinüber. Litwinow und der frühere chinesische Premierminister W. W. Yen vermitteln in Genf die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen China und Sowjetrußland.

Von dieser Zeit an wird auf chinesischer Seite von der Aufrollung der Niederlassungsfrage Abstand genommen, vor allem nach der ersten Landung der Japaner in Schanghai am 28. Januar 1932. Die Gegenwartsfrage, so wie sie sich seit Juli 1937 entwickelt hat, ist, was die Haltung der Chinesen und der Briten anlangt, noch dieselbe wie seit 1932. Die Frage der Niederlassungen wird nunmehr ab 1938 von Japan aus aufgerollt.

Inzwischen sind Großbritannien und seine Verbündeten in völlige, wenn auch nur vorübergehende Abhängigkeit von der Kuomintangregierung geraten, die sie unterstützen müssen, wenn sie nicht völlig aus dem „Indischen Glacis“ des Lord Meston verdrängt werden wollen, d. h. als politischer Machtfaktor im Fernen Osten verschwinden wollen. Eigene Machtmittel stehen weder den Briten noch Franzosen im Fernen Osten so weit zur Verfügung, daß sie ohne den chinesischen Soldaten und Guerillakämpfer das Feld behaupten könnten. Läßt Marschall Tschiang Kai-schek, und mit ihm die Kuomintang, Briten und Franzosen fallen, so ist die Kolonialzeit für Ostasien vorbei, und damit würde die Frage der Niederlassungen ausgelöscht werden. Wäre eine solche Lösung nicht einem gegenseitigen Zerfleischen vorzuziehen?

Angenommen Japan bräche zusammen, was mehr als unwahrscheinlich ist, würden dann die Niederlassungen und Konzessionen an China zurückgegeben werden? Kaum! Denn dafür kämpfen die Völkerbundsmächte nicht, sondern für die erweiterte Internationalisierung der Länder der „Habenichtse“. Das war seit 1842 so und würde so bleiben.

* * *

Geopolitische Streiflichter auf den atlantischen Raum

(Zwischen-Bericht X. 1939)

Seit Jahren geopolitisch geschult und weltkundig — wie unsere Leser sind —, werden sie von selbst in den nächsten Übergangsmonaten einen umfassenden Bericht für den atlantischen Raum, wie er für den indopazifischen noch durchaus möglich ist, nicht erwarten. Angesichts des Zurücktretens der geopolitischen Vernunft hinter kurzsichtige Leidenschaft von Weltkriegshetzern in den leitenden Schichten zweier wichtiger Großräume des atlantischen Bereichs können nur Streiflichter geboten werden. Sie fallen zunächst auf unberührt gebliebene geopolitische Leitlinien, wie die neue gegenseitig freiwillig anerkannte Scheidelinie zwischen Mittel- und Osteuropa, zwischen dem deutschen und dem russischen Anteilsgebiet am früheren „Teufelsgürtel“, auf die vorläufig noch weiten atlantischen Gebiete in Ruhelage, wie das amerikanische Festland, oder den Norden, endlich auch noch in Schwebelage gehaltene Räume, wie Balkan und Mittelmeer.

Angesichts der Hochspannung aber, die zwischen den Westmächten und dem Deutschen Reiche, seinen Verbündeten und Freunden nach der Führerrede hängt, die wir als weltbekannt voraussetzen dürfen, die eine Atmosphärenstimmung bewirken muß, in der ein einziger falscher Ton eine vielleicht noch abwendbare, hangende Lawine zum vorzeitigen Absturz bringen kann, besteht keine Möglichkeit, ohne schwerste Folgen den weiteren Umkreis der vordringlichsten atlantischen Frage gerade mit dem harten Klang der geopolitischen Wahrheit zu berühren. Sie muß bis zur Entscheidung über Weltkrieg oder Frieden zurückhalten, deren Verantwortungslast nun auf den Westmächten liegt.

Denn die Westmächte haben das geopolitisch auf die Dauer Unmögliche versucht, einen einmaligen weltpolitischen Pendelausschlag in einem Zustand von Machtexzeß des Völkerhasses und der Hegemonie von dafür zu kleinen Raum- und Volksgewichten festzuhalten. Das war die Trugvorstellung von Versailles, die der Völkerbundsgedanken mit sich in die Tiefe riß, als das Pendel seiner natürlichen Lage zustrebte und die Raum- und Volkswerte Großdeutschlands und Großrußlands für Mittel- und Osteuropa über ideologische Hemmungen hinweg wieder zur vollen Geltung in starken Führerhänden ausschwingen ließ. Darüber sind zwei unnatürliche, geopolitisch wie ethnopolitisch unmögliche Zweckbildungen zuerst der Tschechoslowakei, dann des Vielvölkerstaates Polen mit seiner Minderheitenunterdrückung zu Bruch gegangen, sind in der alten Form nicht wieder herstellbar, und keine außenbürtige Gewähr hat sie davor schützen können — was gerade britische geopolitische Denker warnend vorausgesagt hatten.

Dazu gehörten, wie Hans Oehler in einem bedeutenden Beitrag: „England auf dem Weg“ zur August-September-Nummer seiner „Nationalen Hefte“ (Zürich) ausführt, General Fuller, und Liddell Hart mit „The Defence of Britain“. Dazu gehörte aber schon viel früher Lloyd George selbst, der wieder im „New American“ zu einstigen, warnenden Gedankengängen zurückfand; noch früher Mackinder, mit dem wir uns im Indopazifischen Bericht der Hefte X und XI auseinandersetzen, weil seine Auffassung weltumspannend ist. Völlig aber müssen wir Oehler Recht geben, wenn der Schweizer (S. 239) sagt: „Nicht Einsicht in d

wirklichen Kräfteverhältnisse in der Welt und in Europa im besonderen war es, die jene in Opposition zur offiziellen englischen Regierung stehenden Kreise antrieb, von spätestens Sommer 1936 an zielbewußt auf den Krieg gegen Deutschland hinarbeiten. Haß und Rache waren es vielmehr, die ihrerseits zu einem guten Teil von nicht-englischen Kräften genährt worden sein mögen. Und so meisterhaft die Propaganda war, die von diesen Kreisen von Jahr zu Jahr in sich steigendem Maß über die ganze Welt ausgebreitet wurde“ (wovon die „Geopolitik“ ihren Lesern Proben aus der indischen, chinesischen, amerikanisch-pazifischen Presse immer wieder vorgelegt hat), „eines Tages mußte sie sich gegen ihre eigenen Urheber richten, weil Haß und Rache bekanntlich schlechte Ratgeber sind, indem sie denen, die sich in ihrem Handeln davon leiten lassen, den Blick für die wirklichen Maßstäbe, für das Maß der Dinge und damit für die Wirklichkeit trüben.“

„To face facts“ war immer die große Stärke britischer Politik in ihren guten Tagen. Die Lehre ist von der deutschen Geopolitik übernommen worden. Sie durchdrang die maßvolle Rede des deutschen Führers vom 6. Oktober 1939, was aus ihrem Echo bei allen andern, als den westmächtlichen Adressaten hervorging. Es war eine nach dem Sieg mit fester gebundenem Helm vom geopolitischen Sachbestand in Osteuropa ausgehende, vom italienischen wie vom japanischen weltpolitischen Partner unterstützte und verstandene Warnung, die bei groß und klein ringsum aus der polnischen Erfahrung heraus Anklang fand, und in der ganzen durch einen 500 km Seegrenzengürtel umhegten Neuen Welt widerhallte, am klarsten aber in dem so gründlich im Hauptgefüge umgeformten Nahen Osten begriffen wurde.

Aus dem rumänischen „Curentul“ zitieren wir nach dem „Siebenbürgisch-Deutschen Tagesblatt“ Pamfil Seicaru, wenn er sagt: „Das tragische Beispiel Polens könne anderen als Beispiel dienen, um sie vor allen unüberlegten Handlungen zu warnen. Es müsse in diesem Zusammenhang an das siebenbürgische Sprichwort erinnert werden: ‚Es kämpfen die Stiere und es sterben die Frösche‘.“

Wir können auch dem „Universul“ nur zustimmen, wenn er meint, „der Friede an der Westfront sei wohl nur unter Anerkennung der vollendeten Tatsachen auf dem Gebiete Osteuropas herstellbar“, und „die Erklärung von Moskau sei eine politische Tatsache von allgemeiner Bedeutung, die in der nahen Zukunft auf dem Gebiete der Weltpolitik von erster Ordnung für die diplomatischen Aktionen sein werde“. Hinzuzufügen bleibt, daß diese „diplomatischen Aktionen“ sich im Raum auswirken; daß es also für alle Anlieger benachbarter Räume an einem Stierkampfsplatz weise ist, ihn nach der Warnung Seicarus nicht so zu erweitern, daß ihre Länder mit unter die neu zu ordnenden Räume geraten.

Vorläufig hat der „Realismus“ des italienischen Duce — in Genua am 30. September seinen Getreuen gesagt: „Wir kämpfen für unsere eigenen Interessen, um unsere Ideale zu erreichen und unsere geschichtlichen Probleme zu lösen. Eines dieser Probleme ist das Mittelmeer.“ Als er ihnen vorstellte, „daß sie sich nach wie vor in einer Periode der Vorbereitung befänden“, konnte er dennoch das große geopolitische Verdienst um Europa verbuchen, nicht nur das Mittelmeer, sondern auch den Nahen Südosten in der Schwebelage allerdings labiler Zustände erhalten zu haben. So entstand ein Raumpuffer, hinter dem sich im nahen reinen Osten und

Nordosten die kontinentale Verständigung zwischen Großdeutschland und Großrußland vollzog, eine Ausgleichslinie von unbestreitbarem geopolitischem Dauerwert ins Leben trat und das blockadefreie Raumgewicht von fast 22½ Millionen Quadratkilometern und von zwei Großvölkern mit rund 250 Millionen Menschen für die friedliche Lösung eurasiatischer Raumfragen in die Waagschale glitt.

Gewiß wird dieses Ergebnis vom Standpunkt aller rein imperialistisch meerüber in Streulagen zusammengehaltenen Reiche, wie die Westmächte Europas, hinter denen als Menschenrückhalt nur zwei Fünftel der deutsch-russischen Volksmasse stehen, als schlagender Ertrag einer raumpolitischen Fehlerreihe angesehen werden können.

Sie ist noch kurz vor dem Kriegeausbruch in „New Statesman and Nation“ als solche bloßgestellt worden, wobei man dem Herausgeber der Geopolitik vorwarf, sein Rüstzeug aus dem britischen Bestande ergänzt zu haben.

Aber die Rüstkammern des britischen und französischen Imperialismus sind so reich mit kultur-, macht- und wirtschaftspolitischem Gerät ausgestattet, daß sie den „Havenots“ wohl etwas davon ablassen können.

Gewiß würden sich auch bei einer Konferenz im kleineren Kreise — der auf Eurasien und Eurafrika beschränkt bliebe — raumpolitische Wünsche erheben, deren Berechtigung schwer abgestritten werden könnte; aber jedenfalls wollen auch die Massen der übersättigten Kolonialreiche der Westmächte wissen, um welchen Ziele willen sie auf die Schlachtbank geschleppt werden. Das Motiv jüdischer Schriftsteller und Zeitschriften, sie würden „Hitler zum Kriege zwingen, obwohl er ihn nicht wolle“, und sie würden „die Welt um des Judenproblems willen nicht in Frieden lassen und jeder internationalen Verständigung entgegenarbeiten“ (unvorsichtig im Laufe von 1939 im Wortlaut geäußert), dürfte dem Mann auf der Straße in England und Frankreich nicht ausreichend scheinen, wenn er erst dahinterkommt. Es wird sehr schwer sein, die unersättliche Habgier der Haves so zu verschleiern, daß ihre Kriegshetzer an ihren weltgeschichtlichen Verantwortungen nach der letzten Warnung des deutschen Führers vorüberkommen.

Darin liegt die Haupthoffnung derer, die sich den klaren Blick in die geopolitischen Wirklichkeiten der atlantischen Welt gewahrt haben. Vermögen sie doch alle Risse im Propagandaschleier zu erkennen, jenseits derer neutrale Mehrheiten der Menschheit, wie die Bürger Roms nach Cäsars Fall, „die Gründe vergleichen können, welche beide vorgebracht“. Sie gruppieren sich zwischen Ost- und Mitteleuropa um die durch blitzschnelle Entscheidung und danach großartigen Ausgleich hervorbrachte Möglichkeit ordnenden Aufbaus, aus dem jedes engere und weitere Einkreisungs- und Zwietrachtspiel verschwindet. Zwischen Mittel- und Westeuropa aber verraten sie einen seltsamen entscheidungslosen und dennoch kraftverzehrenden Zustand zwischen Frieden und Krieg, Garantien ohne wirkliche Hilfe, Halbheit der ewig Gestrigen, die wohl gewinnen möchte, aber keinen Einsatz zu wagen bereit ist. Diesen Einsatz aber müßte doch wieder Frankreichs Blut für unfranzösische Ziele leisten, während bis jetzt nichts im Westen Briten und Franzosen wider ihre breiten Lebensmöglichkeit, nur wider ihre Eitelkeit, ihr „Prestige“ gegangen ist.

Es war aber Frankreichs größter Feldherr, der aussprach, „wenn er den Wert eines Mannes wissen wolle, addiere er seine guten Eigenschaften und ziehe davon seine Eitelkeit ab“; und in französischer Sprache klang genau vor einem Jahr ein

leidenschaftlicher Aufruf durch den edlen Saal der Farnesina in Rom: „die einzige Rettung Eurafrikas für Europas große Aufgaben läge in einer Abwendung von der ‚politique de prestige‘ zur Kooperation“, zur „politique de l’humanité“.

Für diese europäische Kooperation hat der deutsche Führer am 6. Oktober 1939 noch einmal auch dem Westen Europas in großartigem Stil die Hand geboten. Schwere volkspolitische Verzichte lagen in dieser Hand, längs dem ganzen Wall herabgefallener Steine von den uralten Mauern des Reiches, den Westwall entlang. Daß Deutsche Opfer zu bringen wissen, das haben sie gezeigt, als sie dem unblutigen Ausgleich mit dem großen russischen Nachbarn die fast tausendjährige Kulturarbeit der Deutschen jenseits der Abgrenzungslinie zum Opfer brachten und sich bereit erklärten, die einst durch das Baltikum und weit in die Sarmatenebenen hinein ausgestreckten Fühler einzuziehen, die Volksgenossen dorthier heimzusiedeln. Der deutsche „Lebensraum“, wahrlich ein drucküberlasteter Restraum, ist ringsum von Zeugen umgeben, die Rückzugszustände offenbaren: in Nord und Süd, in Ost und West! —

Wer die Deutschen jetzt, nach ungeheuern Opfern, um ihr Letztes bringen will, der findet allerdings, mit freiem Rücken nur mehr nach einer Front schlagend, ein stahlgehärtetes Geschlecht, einen Einheitsblock — keine „Mosaikplatte“ mehr, von der jeder ein Stück abzustoßen meint, auf der — frei nach Gustav Adolf — alle Kriege Europas unbedenklich ausgefochten werden können.

Wer sie trotzdem angreift, wird die eigene Haut, das eigene Reich daran wagen müssen und alle im atlantischen Raum zusammengeraffte Habe. Dabei ist von dem indopazifischen Besitz ganz abgesehen, für den lachende Erben bereitstehen, soweit die dort Ausgebeuteten sich nicht in berechtigter Selbstbestimmung — wie Indien und die Islam-Welt — eigene Wege geopolitischer Zukunft erzwingen.

Will Großbritannien zu diesem Rennen ins Freie durch Verbluten in Europa die Startflagge senken?

Es muß nicht, aber es kann so gehen, wenn die Renner entstürmen. Noch sind sie nicht entschart; noch ist, wie der Duce sagt, nichts Unsühnbares geschehen — wenn auch Schweres zum Schaden Europas genug.

KARL HAUSHOFER:

Bericht über den Indopazifischen Raum

Wer durchhält — überwindet.“ — „Großes wird nicht durch einmalige „Kraftanstrengung, sondern durch Dauerleistung erreicht.“ — „Wer Tiger reitet, kann nicht absitzen.“ Das alles sind Weisheiten, deutschem, britischem, chinesischem Boden entsprossen, die uns des Durchhaltens, aber auch der Gefahren des Beharrens auf Überforderung mahnen — gerade für das Gebiet der Geopolitik.

Durchhalten kann nur, wer über dem stürmischen Wünschen des Blutes den festen, erntetragenden Boden unter seinen Füßen, die männernährende Erde nicht vergißt. Da schenkt uns zur rechten Stunde die zweijährige Kriegserfahrung Japans mit dem Männerabfluß auf die Schlachtfelder und in die Rüstungsbetriebe einen Bericht des japanischen Ackerbau- und Forstministeriums (Transpacific, Tokyo; 6. 7. 39, S. 13) über Japans Landarbeitproblem nach zweijähriger Kriegserfahrung im großen Stil. Wehrleistung und Verstärkung — (diese von 54% [1930] auf

58% [1936] — jetzt gewiß 61–62% fortgeschritten) — haben unter dem landwirtschaftlichen Arbeitsangebot furchtbar aufgeräumt. 1930 waren unter 29 620 000 Erwerbstätigen 14 130 000 ausschließlich landwirtschaftlich tätige gewesen (7 730 000 Männer, 6 400 000 Frauen; 47%), dazu kamen 5 810 000 landwirtschaftlich Nebentätige (3 440 000 Männer, 2 370 000 Frauen). 5 600 000 landwirtschaftliche Haushaltungen erreichten 46% der Familienhaushaltungen, 1930; die Vergleichszahl sank 1936 auf 42%, während die absolute Zahl seit 1905 stehenblieb. Dazu kommt freilich eine gegenüber von Getreideländern viel mehr ausgeprägte Saisonarbeit der Reiskultur mit zwei Hochspannungsperioden und viel Zwergbesitz Unterernährter; endlich das hochempfindliche Luxusgut der Seide als Nebennutzung. Eine Rolle für sich spielen die Fischereidörfer bei unmittelbarer Meerernährung in viel höherem Umfang, als in irgendeinem anderen Großvolk der Erde.

Schwierigkeiten scheint nach Sakurauchi aber der Ernährungsausgleich zwischen den Trägern der Reiskultur und den Sammlern der Meerernährung zu bereiten: eine Frage, die — freilich in geringerem Umfang — auch in Mitteleuropa Kopfzerbrechen verursacht. Dabei kennt Japan ja keine den Seefischtransport landeinwärts ernsthaft beeinträchtigende Küstenfernen für die wichtigsten Stickstoffvermittler als Ergänzung zur Pflanzenernährung der Reisbauern in ihrer hochentwickelten Bewässerungskultur.

Zu einer Zeit, wo Mitteleuropa mit weinenden Augen seine kostbaren Waldreserven zerstören muß, Eurasien und Nordamerika, sogar Afrika bereits auf einen furchtbaren Raubbau am Walde zurückblicken, werden sich selbst die Monsunländer mit ihrer Niederschlagsgunst, nicht zuletzt durch das nordamerikanische Verwüstungsbeispiel gewarnt, der Gefahren bewußt, die ihrem Wäldermantel und dem infolge Abschwendung entblößten Böden durch Ausschwemmung drohen. Vorträge von B. P. Basu in Kalkutta (Amrita Bazar Patrika v. 2. 7. 39) und S. K. Mitra, dem landwirtschaftlichen Leiter von Assam, (ebd., 4. 7. 39) machen auf die Unzulänglichkeit und ungleiche Verteilung der indischen Walddecke im ganzen (20%, Bengalen nur 10% gegen z. B. 57% Waldfläche der gesamten Bodendecke in Japan) und namentlich auf die Folgen der Waldverwüstung durch das „Jhum“-Anbausystem im gebirgigen Assam mit seinen schweren Niederschlägen aufmerksam. Vergeblich versucht man Terrassenbau, mit seiner auf mindestens drei Jahre sorgfältiger Vorbereitung bis zum ersten Ertrag berechneten Anlage, an Stelle des Raubbaues der Bergstämme zu setzen, die das nur drei Jahre vorhaltende „Jhum“-System mit vorheriger völliger Waldauswüstung betreiben, nach dem dann 10 oder 12 Jahre lang nichts mehr gedeiht, ganz besonders, wenn beim ersten oder zweiten Mal seiner Anwendung der Ackerboden überhaupt schon bis auf den blanken Fels weggewaschen ist.

Japan, Ceylon, Java, die Philippinen haben seit frühen Zeiten gelernt, ihren Steilhängen durch sorgfältigen Terrassenbau die Ackerkrume zu erhalten; China und der Nahe Osten haben ihre Strafe für das Gegenteil am Yangtse, Tigris und Euphrat bezogen. Indien spürt die ersten Folgen im Salzigerwerden der Böden im Flachland, im Wegwaschen der Hänge. Nun erklingt die Warnung für Assam, Behar und das schon ziemlich ausgewüstete Bengalen.

In China wird der Guerillakrieg die bescheidenen Ansätze zur Aufforstung schwer gefährdet haben, so günstig an sich Bewaldung für den Kleinkrieg und Volkswiderstand in jeder Form ist und schon deshalb planmäßig gefördert werden mußte (vgl.

z. B. Pacific Affairs, Bd. XII, Nr. 2, S. 138: R. Ernest Dupuy, „The nature of guerilla warfare“, und S. 183, dann 149 „The failure of civil control in occupied China“ oder S. 169, „Chinese population problems“).

Zwei wehrgeopolitische Grundlagen der Lebensgestaltung im Raum haben von je beim „Heckenkrieg“, „Kleinen Krieg“, bei „Guerilla“ und „Volkskrieg“ — vom Banden- und Partisangrüppchen bis zur „levée en masse“ — eine fördernde Rolle gespielt. Sie sind scheinbar gegensätzlich: Wald und Sumpf, heckendurchzogene Weide- oder Savannenlandschaft mit übernormalem pflanzengeographischem Schutz oder die von Wasserrissen durchzogene, weiträumige, volksarme Wüsten- und Lößlandschaft oder das „Veldt“, mit mannigfachen Verstecken und der Möglichkeit unendlichen Ausweichens vor dem festen Zugriff der Truppenkörper, die eben nicht alles decken können, auch wenn sie Hunderttausende für Blockhauslinien und Ketten befestigter Posten aufwenden.

Die Landschaft der Pyrenäenhalbinsel (in der das Schlagwort „Guerilla“ aufkam und die Napoleon etwa 100 000 Mann allein an Verlusten durch spanische Streifparteien kostete), der Schauplatz von Lawrences Aufstand in der Wüste und das Spezialgebiet in Shensi, Westshansi, Kansu und Ningsia der Chinakommunisten mit ihrer Hauptstadt Yenan und deren Spezialkriegsakademie tragen einen verwandten wehrgeopolitischen Charakter, in dem Wald und Sumpf fast keine Rolle spielen, um so mehr aber die natürlichen Verstecke der Lößhöhlen und -einschnitte und die dadurch gegebene Möglichkeit des Ausweichens.

In ganz verschiedenen wehrgeopolitischen Hilfen aus dem Lande lag die Stärke der andern berühmten Gruppe von Kleinkriegserfolgen, die wir aus den nordamerikanischen Erfahrungen, den vielen Polenaufständen, dem Volkskrieg an der Loire (Hönig!) und dem Burenkrieg, den dreimaligen Volkskämpfen in Birma, endlich aus den sibirischen Abenteuern der weißen und roten Russen, der Tschechen, der internationalen Verbände kennen, unter denen gegenseitige Sabotage und Mißtrauen der Amerikaner und Japaner ein heute weitgehend enthülltes Schachspiel ganz für sich entfesselten.

R. Ernest Dupuy nennt die Vernichtung der Legionen des Varus durch Arminius, die Operationen der spanischen Partidas gegen Napoleon im Halbinselkrieg, die kubanische und Philippineninsurrektion, wohl auch den amerikanischen Unabhängigkeitskrieg die berühmtesten unter den gelungenen Massenerhebungen aus dem Volk unter Auswertung seiner Landesnatur gegen an sich überlegene Streitkräfte und fragt, ob China zu den gelungenen oder gescheiterten zählen werde.

Ganz gewiß lag es nicht im Sinne der zwei Jahre japanischer Verwaltung des besetzten Gebietes in Nordchina, daß schon am 2. 7. 38 in den „Times“ ein Beobachter schreiben konnte: „Die Zentralregierung könne sich mit Recht rühmen, daß ihre Kontrolle von Hopei größer sei als vor dem Kriege.“

„Ihre schriftlichen Befehle gehen in Umlauf; sie werden befolgt, wie der Schreiber selber sah, sogar von Banditen und von Bürgern, die in den Mauern der japanischen Garnisonstädte leben.“ Freilich zerstören die Chinesen, wenn es ihnen möglich ist, selbst die oft künstlerisch unersetzlichen Mauern und Tore ihrer Städte, um den Japanern das Halten dieser Städte mit geringen Besatzungsstärken unmöglich zu machen.

Inzwischen hat im Westen der Alten Welt, im Zerrungsfelde des dafür durch

Unverstand und Tücke der Väter der Weltordnung von 1919 vorbereiteten „inneren Halbmondes“ eine weitere, die mitteleuropäische Kulturlandschaft verzehrende Explosion stattgefunden, die sich in ihren vernichtenden Folgen der in China nun im dritten Jahr abrollenden würdig anreihen mag, während der Nahe Osten noch schwelt und im Mittleren Osten die Tiefe sich zum Ausbruch rüstet.

Das Gebiet der Sowjetbünde, schon 1904 von Mackinder „the geographical pivot of history“ genannt, ist durch ein staatsmännisches Meisterspiel in dieser Lage neu bestätigt worden. Der weitgespannte Bau des Antikominternpaktes hätte die Spannungsprobe nur bestanden, wenn seine Erbauer, sich von der ursprünglichen ideologischen Begründung befreiend, unter Abgrenzung mit diesem Drehpunkt, die einzige Kombination hätten finden können, die der Alten Welt Erlösung vom umklammernden ozeanischen Druck schaffen kann: Mitteleuropa-Achse—Rußland—Japan. Sie allein wäre auch für das vereinte Angelsachsentum unangreifbar, nachdem die britisch-deutsche Kooperation unmöglich scheint, weil sie von England und vom Judentum nicht gewollt wird.

Sie war als geopolitische Hoffnung ersten Ranges für die Erhaltung der Weltstellung Europas im Oktober 1938 kurz am Sehkreis aufgetaucht und von weitblickenden Menschen diesseits und jenseits der Nordsee erwartungsvoll begrüßt worden. Ein Vorspiel dazu waren Erscheinungen wie „The colonial problem“ — eine Untersuchungsergebnis einer Gruppe von Mitgliedern des Royal Institute of International Affairs, das 1937 gleichzeitig in London, Newyork und Toronto erschienen war (Oxford Univ. Press, XII u. 448 S., B 8,50).

Welcher Unterschied, wenn zwei Jahre später der Kreuzer Berwick die in Newyork bis zu seiner Bereitschaft verzögerte und entwaffnete Bremen bis zu ihrem Entrinnen als Freiwild begleitete! Es war nur ein Irrtum, wenn man in jener Gruppe glaubte, das Kolonialproblem sei der Schlüssel zur Lösung aller internationalen Fragen. Für den deutschen Lebensraum ging es zunächst um das Nicht-Erwürgtwerden zu Hause! Deshalb lag ihm Danzig und der Korridor näher als ein westafrikanisches zusammengetauschtes Kolonialreich, was wieder England nicht begreifen wollte — trotz so kühlen Untersuchungen, wie sie das „Royal Institute of International Affairs“ veranstaltet. Wenn dieses von einem „naked struggle for power and prestige and market“ spricht, so vergißt es — aus der Tatsache, daß Erfahrungen, wie die mit der „Black hole“ für England zu weit zurückliegen —, der „naked struggle for life“ auf zu engem Lebensraum in die Rechnung einzustellen, der vor Deutschland, vor Italien, vor Japan mit grauenhafter Deutlichkeit liegt. Sie müssen allerdings fürchten, daß sie von den Großraumbesitzern zu „Zwangsarbeit und verschleierten Formen erzwungenen Arbeitsdienstes für die Demo-Plutokratie hereingebrochen werden“, wie Deutschland das von 1919 bis 1933 erlebt hat.

Diese furchtbare Erfahrung wird keine Phraseologie mehr aus der Seele und Erinnerung der Deutschen reißen. Das „Seitabschleppen aller Kolonialprobleme auf den Gegensatz der Haves und Havenots“, der „satisfied and dissatisfied powers“ ist allerdings gefährlich und ungerecht, wie Ernst O. Hauser im Dezember 1938 in Newyork schrieb. Diesem Verschleppen nicht zuletzt fällt der Ausbruch vom 1. September 1939 zur Last: der erste Akt eines Umklammerungsverfahrens, dem die Rückschläge im Stil des „Brodels von China“ nicht ausbleiben werden, wovon zu nächst der polnische Kriegsschauplatz Zeugnis ablegt.

Mit der ihm eigenen geopolitischen Urteilskraft und Kenntnis der Zeitgeschichte behandelt in Heft 4, Bd. 5 der italienischen „Asiatica“ (Rom; 1939: „Gran Bretagna e Giappone in Estremo Oriente“) Herzog Carlo Avarna di Gualtteri das Entstehen der britisch-japanischen Spannung von der Lösung des britisch-japanischen Bündnisses bis zu Japans Vorstoß auf die Spratleyinseln über Hainan, der eine örtlich allen westmächtlichen Flottenteilen überlegene Seemacht auf 1200 km an Singapur, 550 km an Borneo, 420 km an die französische Kamranbucht gebracht und Hongkong eingekapselt hat. Avarna schließt mit Recht, die Entwicklung weise Japan stürmisch darauf hin, der möglichen geopolitischen Beziehung zwischen Mittelmeer und Pazifik Wirklichkeit und Wirksamkeit zu geben.

Inzwischen sind England und Frankreich, von wo aus die Zündschnüre zum Sprengen des europäischen Gleichgewichts in polnische Hände gelegt worden waren, mit ihrer Gewährleistung hervorgetreten, ohne zunächst das Schicksal des Friedenstörers wenden zu können. In der letzten Vorbereitungszeit aber ist eingetreten, was Sir Halford Mackinder nicht nur 1904, sondern auch 1919 („Democratic ideas and realities“) warnend hintanhaltend wollte: „die vitale Notwendigkeit, daß Deutschland und Rußland ihre Kräfte vereinigen“. Die von mir 1913 schon in „Dai Nihon“ geforderte Ergänzung liegt nahe: die Allianz beider mit Japan und die Schaffung eines großen transkontinentalen Blocks, der aus Deutschland, Rußland und Japan besteht, die allein in der Lage wären, den beiden großen angelsächsischen Mächten das Gegengewicht zu halten, was mir „The New Statesman and Nation“, London 444/26. 8. 39, so übel nimmt, was als Möglichkeit zu zeigen aber doch damals meine Pflicht war.

Der „New Statesman“ nennt „diese Ideen hart und realistisch“ und wirft uns vor, „sie sind in beträchtlichem Umfang aus dem geistigen Arsenal des britischen Imperialismus entwendet worden“.

Wo in der Weltgeschichte steht geschrieben, daß man vom Gegner nicht lernen soll? „Fas est ab hoste doceri“ — Pflicht ist's, vom Gegner zu lernen —, schrieb doch bereits die Staatsweisheit der alten Römer vor! „Hart und realistisch“ hatte der britische Imperialismus, hinter tönendem Cant verborgen, den ahnungslosen Idealismus des deutschen zweiten Kaisertraums erwürgt. Pflicht eines jeden Heimgekehrten war es, nachzudenken, mit welchen Mitteln diese furchtbare erwürgende Strategie und Taktik zu ihrem Erfolg gekommen war, und zu forschen, welcher Raumbrocken in der Alten Welt für die knochenbrechende Kampfweise der Seeschlangen zu groß und zu stark sein könnte. „Rußland und Deutschland hatten beide den Krieg verloren, weil sie auf entgegengesetzten Seiten fochten.“ Es hat lange, viel länger, als Sir Halford Mackinder annahm, gedauert, bis Russen und Deutsche dahinterkamen.

England war es, das sie zu dieser Einsicht gezwungen hat; der kühne Bau des Antikominternpaktes war vielleicht die Brücke, über die eine solche Einsicht schreiten mußte, um die lebensvollsten Großvölker der Alten Welt zu belehren, daß sie nicht noch einmal die geopolitischen Grundlagen ihres wohl ausgleichbaren Daseins im Raume durch ideologischen Streit in höchste Gefahr bringen sollten.

Nicht auf „Weltherrschaft“ ist ein solches Zusammenleben gestellt, aber allerdings auf die Beseitigung der kapitalistischen Herrschaft der westlichen Demokratien über die „Havenots“ und auf die Errichtung einer von dieser Ausbeutungs-

herrschaft freien, gerechteren Weltordnung, bei der freilich schwer ein Platz für Parasiten zu finden ist, die von fremdem Blut und Schweiß reich werden wollen, ohne selber beides einzusetzen.

Diese Antwort waren wir — auch zur Ehre Sir Halford Mackinders, London und seinem „New Statesman and Nation“ schuldig. England hat die Linie von München verlassen und die Linie gewollt, vor der Mackinder warnte.

(Anmerkung. Aus Raumrücksichten sind die sonst üblichen, breiten Schrifttums-Nachweise weggelassen.)

HANS HUMMEL: Kurznachrichten

Vorbemerkung: Es konnten nur die wichtigsten Ereignisse in diesem gekürzten Zweimonatsbericht aufgenommen werden.

CHINA. — Da Mitte August die britisch-japanischen Verhandlungen über einen britischen Wirtschaftsrückzug aus China durch britisches Hinhalten zerschlagen wurden, im übrigen der Tientsin-Fall noch nicht beigelegt war, sah sich Japan zu einer Verschärfung der über Tientsin verhängten Blockade gezwungen; gleichzeitig wurde durch starke Truppenlandungen zwischen Hongkong und Kanton der Versuch gemacht, Honkong endgültig von jeder Belieferung Tschungkings abzuschneiden.

DÄNEMARK. — Am 19. September wurde in Kopenhagen eine Konferenz der Oslostaaten beendet, die sich mit der Neutralitätsfrage befaßte und neuerlich die strikte Neutralität der Oslostaaten auch gegenüber den englischen Blockadedrohungen bekundete.

DANZIG (von jetzt ab s. Deutsches Reich).

DEUTSCHES REICH. — Am 11. August faßte Gauleiter Forster in einer Protestkundgebung in Danzig alle polnischen Drohungen und Terrorakte noch einmal zusammen, warnte vor der polnischen Anmaßung und bekräftigte erneut den Willen Danzigs zum Reich. Trotz allem wurden die Terrormaßnahmen der Polen gegen die Volksdeutschen immer untraglicher, am 16. August wurde erstmalig ein Teil der ostoberschlesischen Grenze gesperrt. Am 17. August wurde das Parzellierungsgesetz aufgehoben: nunmehr sollten auch solche Ländereien parzelliert werden dürfen, die bisher als lebensnotwendig für einen Gutsbetrieb belassen worden waren. Ferner wurden die Bestimmungen des Grenzzonengesetzes auf ganze Landkreise, selbst in den Woiwodschaften Warschau, Lodz, Kielce und Bialystok ausgedehnt. Polnische Blätter verstiegen sich zu immer größeren Forderungen: Polen bis zur Oder! wurde abgelöst durch Polen bis zur Elbe! Vom 23. August an wurden deutsche Verkehrsmaschinen auf hoher See beschossen, am 24. August wurde mit einer Teilmobilmachung in Polen begonnen. Am gleichen Tage wurde in Danzig der Gauleiter zum Staats-

oberhaupt erklärt. Diplomatische Aktionen des Reiches bei den Westmächten führten, so auch der Briefwechsel des Führers mit Ministerpräsident Daladier, zu keiner Klärung. Am 28. August gab die Reichsregierung in Belgien, den Niederlanden, Luxemburg und der Schweiz erneut Erklärungen ab, daß sie die Neutralität dieser Staaten respektieren werde. Am 28. August erklärte sich die britische Regierung bereit, ihre Vermittlung zu direkteren Verhandlungen zwischen dem Reich und Polen zur Verfügung zu stellen, am 29. nahm das Reich die Vermittlung an, erwartete aber vergeblich einen polnischen Unterhändler. Statt dessen machte Polen am 30. August mobil. Am 30. August wurden trotzdem dem britischen Botschafter in Berlin die deutschen Vorschläge zur Kenntnis gebracht. Sie enthielten: 1. Danzig kehrt in das Reich zurück. 2. Der Korridor bis zur Linie Marienwerder—Bromberg—Schönlanke soll über seine Zugehörigkeit zum Reich oder zu Polen abstimmen. 3. Stichtag für die Abstimmungsberechtigung der 1. Januar 1918, Einrichtung einer internationalen Abstimmungskommission. 4. Gdingen bleibt polnisch. 5. Abstimmung erst nach einem Jahr. 6. Bis dahin Festlegung eines freien Transits. 7. Entscheidung durch einfache Stimmenmehrheit. 8. Falls dann das Gebiet an Polen fällt, Zusicherung einer exterritorialen Verkehrszone für Autobahn und viergleisige Eisenbahn mit Über- oder Unterführung der polnischen Wege. Im anderen Falle eine exterritoriale Verbindung Polens mit Gdingen. 9. Bei Zurückfallen an das Reich Bevölkerungsaustausch mit Polen. 10. Etwas gewünschte polnische Sonderrechte in Danzig sollen gegen gleiche deutsche Rechte in Gdingen ausgehandelt werden. 11. Danzig und Gdingen werden von militärischen Anlagen freigehalten. 12. Hela ist zu demobilisieren. 13. Untersuchungskommission für die beiderseitigen Minderheitenbeschwerden und Wiedergutmachung der wirtschaftlichen Schäden. 14. Minderheitenvertrag, Organisationsfreiheit für die Minderheiten und Wehrdienstbefreiung. Durch die polnische Generalmobilmachung am 30. August und das Nichterscheinen eines

polnischen Unterhändlers bis zur gesetzten Frist mußte die Reichsregierung ihre Vorschläge als abgelehnt betrachten. Am 1. September morgens rückten deutsche Truppen über alle Grenzen nach Polen ein, nachdem in der Nacht polnische Truppen an verschiedenen Stellen die deutsche Grenze überschritten hatten. Der Führer rechtfertigte in einer Reichstagsrede am 1. September das deutsche Vorgehen, Gewalt mit Gewalt zu beantworten. Deutschland habe dem wachsenden Terror nicht mehr untätig zusehen können. Er erläuterte noch einmal seine Bemühungen um die Erhaltung des Friedens und die Ablehnung durch Polen und England. Gleichzeitig wurde das Danziger Staatsgesetz Reichsgesetz, das in seinem wichtigsten Art. 3 besagt: „Die Freie Stadt Danzig bildet mit sofortiger Wirkung mit ihrem Gebiet und ihrem Volk einen Bestandteil des Deutschen Reiches“ (Danziger Staatsgrundgesetz vom 1. September 1939). — Der Feldzug in Polen wurde in 18 Tagen siegreich durchgeführt. Am 23. September gab das Oberkommando der Wehrmacht einen Schlußbericht, in dem es heißt: „Der Feldzug in Polen ist beendet. In einer zusammenhängenden Reihe von Vernichtungsschlächten, deren größte und entscheidendste die im Weichselbogen war, wurde das polnische Millionenheer geschlagen, gefangen oder zerprengt.“ Polen habe geglaubt, daß starke deutsche Kräfte im Westen gebunden würden, und darauf den Plan aufgebaut, mit einer Korridorarmee Danzig zu besetzen und gegen Ostpreußen vorzustoßen, mit einer sehr starken Armee im Posenschen jeden deutschen Angriff in den Flanken zu bedrohen oder unmöglich zu machen und mit einer Südararmee das Industriegebiet ausreichend schützen zu können. Dagegen sei den deutschen Heeresgruppen folgende Aufgabe gestellt worden: Die mittlere Armee der Heeresgruppe Süd hatte von Kreuzburg nordöstlich auf die Weichsel durchzustoßen, die südliche Armee dieser Heeresgruppe hatte die rechte Flanke der mittleren Armee zu schützen und gleichzeitig in Oberschlesien und am Nordrand der Gebirge gegen Galizien vorzugehen, die nördliche Armee dieser Heeresgruppe hatte aus dem Raum östlich Breslau in allgemeiner Richtung gegen die Weichsel vorzustoßen und die rechte Flanke der mittleren Armee zu sichern. Die westliche Armee der Heeresgruppe Nord sollte so schnell wie möglich die Verbindung zwischen Pommern und Ostpreußen herstellen und dann die Verbindung mit dem Nordflügel der Heeresgruppe Süd zu erreichen suchen, die östliche Armee der Heeresgruppe Nord sollte von Ostpreußen südlich gegen Naraw und Bug vorstoßen, Warschau von Osten abriegeln und die Verbindung mit der mittleren Armee der Heeresgruppe Süd zu erreichen suchen. Entsprechend diesem

Plan sei systematisch vorgegangen worden. Durch die Schnelligkeit der Armeen haben sich eine Reihe von Einkreisungsschlächten ergeben, die zu drei großen Kapitulationen führte. Daraus seien 300 000 Gefangene gemacht worden, im ganzen Feldzug bisher gegen 450 000. Von den Leistungen der einzelnen Waffengattungen seien folgende Daten festgehalten: Die bedeutendsten Städte wurden in folgender Reihenfolge besetzt: 3. Sept. Tschenstochau, 5. Graudenz, Kattowitz, Königshütte, 6. das ganze oberschlesische Industriegebiet, Krakau, Neusandez, Kielce, Bromberg, 7. Tomaszow-Maz., Rawa-Maz., 8. Warschau (Südwestvororte), Radom, Tarnow, 9. Rzeszow, Lodz, 10. Jaroslaw, 11. Lomza, 10.—12. Thorn, Hohensalza, Gnesen, 12. Sambor, Lemberg (erreicht), Posen, 14. Gdingen, 15. Przemyśl, Wlodymierz (Woh.), Bialystok, 16. Brest Litowsk, 17. Lublin, 18. Drohobycz. Am 4. war erstmalig eine Truppenverbindung mit Ostpreußen hergestellt, am 7. standen deutsche Truppen bei Rawa 70 km von Warschau und Truppen der Nordgruppe bei Pultusk am Naraw in gleicher Entfernung, am 8. wurden Warschau und die Weichsel bei Sandomir erreicht, am 11. begann die bei Radom eingeschlossene Armee zu kapitulieren, der Ring um die Armee bei Kutno war geschlossen, am 13. war der Ring um Warschau auch im Osten geschlossen, am 16. trafen sich Streikräfte der Nord- und Südgruppe am Bug und schlossen so das Lubliner Gebiet ab, am 17. war die allgemeine Linie Lemberg—Brest—Bialystok erreicht, am 19. die Schlacht an der Bzura zu Ende. Vom 20. ab wurden die deutschen Truppen planmäßig auf die zwischen der deutschen und russischen Regierung festgelegte Demarkationslinie zurückgezogen. Diese Demarkationslinie verläuft von der ostpreussischen Grenze die Flußläufe der Pisia und des Naraw abwärts, dann die Weichsel und den San aufwärts bis zur ungarischen Grenze. — Am 19. September sprach der Führer in Danzig; er betonte, daß in Polen nunmehr jener Zustand hergestellt sei, der es „vielleicht ermöglicht, in Vernunft und Ruhe dereinst mit den Vertretern dieses Volkes sprechen zu können“. Er erklärte wiederum, daß die Ziele Deutschlands im Osten sehr begrenzt seien, daß gegen Frankreich und England aber überhaupt kein Kriegsziel besteht. — Nach den Konterbandeerklärungen der britischen Regierung sah sich die deutsche Regierung gezwungen, am 12. September ebenfalls den Kreis des Banngutes im deutschen Prisenrecht zu erweitern: zum unbedingten Banngut gehören demnach neben Kriegsmaterial auch Geräte zu dessen Herstellung, Treibstoffe und Verkehrsmittel aller Art, zum bedingten Banngut Lebensmittel, Futtermittel, Textilien und Geräte zu deren Herstellung. — Deutschlands Anteil am Handel der Südoststaaten betrug im

1. Halbjahr 1939: Ungarn E 44%, A 50%; Bulgarien E 62%, A 55%; Griechenland E 36%, A 43%; Jugoslawien E 51%, A 40%; Rumänien E 56%, A 48%. Zusammen im Durchschnitt E 50%, A 47%. Alle fünf Länder zusammen hatten an der deutschen Einfuhr einen Anteil von 21% und an der Ausfuhr von 14%.

FRANKREICH. — Am 28. August sperrte Frankreich die Rheingrenzen, am 2. September begann die Mobilmachung, am 3. September erklärte der französische Botschafter in Berlin der Reichsregierung, daß Frankreich sich „ab 17 Uhr verpflichtet sehe, Polen Beistand zu leisten“.

GROSSBRITANNIEN. — Am 25. August wurde der englisch-polnische Beistandspakt unterzeichnet, am 3. September wurde in Berlin eine Note überreicht, in der erklärt wurde, daß sich Großbritannien, falls nicht bis 11 Uhr eine befriedigende Antwort über die Zurückziehung der deutschen Truppen aus Polen abgegeben worden sei, „als im Kriegszustand mit Deutschland befindlich betrachte“. Großbritannien begann den Krieg mit einer Reihe schwerer Verletzungen der norwegischen, dänischen, niederländischen und belgischen Neutralität, die zu scharfen Protesten der betroffenen Staaten führte. Sämtliche Flottenabkommen, das Washington-Londoner, die mit Polen und Rußland wurden suspendiert. Die Wirtschaftsblockade gegen Deutschland wurde sofort eingeleitet, die Kontenbandeliste auf Lebensmittel erweitert, und Mitte September wurden einer Reihe neutraler Staaten Blockademaßnahmen angedroht, falls sie sich nicht zur Teilnahme an der Blockade gegen Deutschland entschließen. Der neuerliche starke Pfundsturz zwang England am 20. September anzuordnen, daß alle britischen Außenhandelskaufleute ihre Geschäfte nur noch in ausländischer Währung fakturieren dürften.

JUGOSLAWIEN. — Nach langen Verhandlungen wurde ein Abkommen mit den Kroaten erzielt, das am 25. August in Form eines Regierungsdekretes veröffentlicht wurde. Danach wird eine Banschaft Kroatien mit weitgehenden Selbstverwaltungsrechten geschaffen. Die Banschaft Kroatien besteht aus den alten Banschaften Slawonien und Küstenland und aus acht Kreisen anderer Banschaften. Hauptstadt ist Zagreb.

POLEN. (bis auf weiteres s. Deutsches Reich).

RUMÄNIEN. — Am 24. August hat die rumänische Regierung Polen unterrichtet, daß sie strikteste Neutralität in einem Konflikt Deutschland-Polen einhalten werde. Am 17. September trat die polnische Regierung auf rumänisches Gebiet über und wurde interniert.

SLOWAKEI. — Anfang September rückten auch slowakische Streitkräfte in Polen ein, nachdem mehrfach die slowakische Grenze von polnischen Truppen verletzt worden war. Am 8. September hatten die slowakischen Truppen alle Ortschaften besetzt, die in den Jahren 1920, 1938 und 1939 an Polen abgetreten worden waren.

SOWJETRUSSLAND. — Am 19. August wurde ein deutsch-sowjetrussisches Handels- und Kreditabkommen abgeschlossen; danach gewährte das Reich Sowjetrußland einen Warenkredit von 200 Mill. RM., dagegen hat Sowjetrußland innerhalb der nächsten zwei Jahre Waren im Werte von 180 Mill. RM. an das Reich zu liefern. — Am 21. August wurde bekanntgegeben, daß ein deutsch-sowjetrussischer Nichtangriffspakt vor dem Abschluß stehe. Dieser wurde am 23. in Moskau abgeschlossen, er enthält Nichtangriffsbestimmungen, das Verbot der Unterstützung dritter Mächte, falls einer der Partner mit dritten Mächten in kriegerische Handlungen verwickelt werde, Verbot der Beteiligung an Mächtigkeitsgruppierungen, die sich gegen einen der Partner richten, Konsultation über gemeinsame Interessen, Schlichtung von Streitigkeiten auf freundschaftlichem Wege, Dauer des Paktes zunächst zehn Jahre. Der Pakt wurde am 31. August in Moskau und Berlin ratifiziert. — Am 15. September wurde in Moskau ein russisch-japanisches Abkommen unterzeichnet, um dem Grenzkonflikt an der mandchurischen Grenze ein Ende zu setzen. Danach werden alle Kampfhandlungen an der mongolisch-mandchurischen Grenze am 16. September eingestellt. Eine Kommission soll die zukünftige Grenze zwischen Mandschukuo und der Äußeren Mongolei festlegen. — Am 17. September rückten sowjetrussische Truppen über alle Grenzen nach Polen ein. Die Sowjettruppen besetzten am 18. Rowne, Baranowicz, Tarnopol und Kolomea, am 19. Wilna, am 20. Grodno, Kowel und Lemberg, am 21. Pinsk und rückten seit 20. den auf die festgelegte Demarkationslinie zurückgehenden deutschen Truppen, mit diesen in ständiger Berührung bleibend, nach.

TÜRKEI. — Die türkische Regierung erklärte am 11. September klar ihre Neutralität.

VEREINIGTE STAATEN VON NORDAMERIKA. — Am 6. September verkündete Präsident Roosevelt auf Grund des Neutralitätsgesetzes die Ausfuhrsperrung für Waffen, Munition und sonstiges Kriegsgesetz.

Verweisungen: Deutsches Reich s. a. Frankreich, Großbritannien, Rumänien, Sowjetrußland — Großbritannien s. a. China, Deutsches Reich — Japan s. a. China, Sowjetrußland — Mandschukuo s. Sowjetrußland — Sowjetrußland s. a. Deutsches Reich.

(Abgeschlossen am 25. September.)

DAS ZEITGESCHEHEN

in Bildern und Berichten

vermittelt die aktuelle

Tiefdruck - Illustrierte

„Neue J. Z.“



Jede Woche viele Aufnahmen aus aller Welt, spannende Geschichten, packende Artikel-Reihen und viel Humor

Ueberall für 20 Pfennig

„Mein Herr, der Erdboden im Lande kann es nicht leiden, daß die Polen über die Preußen regieren sollen und Gewalt an ihnen üben.“

Die Wahrheit dieses Wortes, das der Danziger Ratsherr Johann Fürste im Jahre 1552 dem polnischen Kronmarschall entgegenschleuderte, erfüllt sich jetzt wieder: Das Weichselland ist und bleibt deutsch!

Ein für das Verständnis der völkischen, politischen und wirtschaftlichen Entwicklung des Weichsellandes grundlegendes Buch ist die Neuerscheinung:

Geschichte des deutschen Weichsellandes

Von Prof. Dr. Erich Keyser, Danzig

160 Seiten. Kart. RM 3,60. September 1939.

V E R L A G S. H I R Z E L · L E I P Z I G C I

Im Herbst 1939 erschien:

Handbuch des Deutschen Rundfunks 1939/1940

Herausgegeben von Regierungsrat Weinbrenner

338 Seiten, 64 Bilder, im Format der „Geopolitik“

Leinen RM 3.50

KURT VOWINCKEL VERLAG

Außer diesen Artikelbeiträgen bringt das Handbuch im zweiten Teil eine Übersicht über den deutschen Rundfunk und seine Organisationen, sehr übersichtlich gegliedert, sehr genau, und erfreulicherweise auch mit den jeweiligen Satzungen usw. versehen. — Dieses Buch gibt auf alle Fragen, die den deutschen Rundfunk betreffen, zuverlässige, erschöpfende und klare Antworten. — Es kann tatsächlich als das Standardwerk angesprochen werden. Zahlreiche hübsche Bildbeilagen ergänzen den Textteil.

Funk-Zeitung, Nürnberg. 21. 8. 1938. Nr. 34.

Schon die Auswahl der führenden Männer des deutschen Rundfunks, die in dem Werk zu Worte kommen, zeigt die Absicht, dem Hörer und auch dem Fachmann eine Übersicht zu geben, die lückenlos ist. Sie gestaltet das Buch zu einem Nachschlagewerk, auf das man nicht mehr verzichten möchte. Statistische Angaben, Sendertabellen, Zeichnungen und zahlreiche photographische Aufnahmen ergänzen das Werk, dem Reichsminister Dr. Goebbels selbst einführende Worte mit auf den Weg gibt, aufs vortrefflichste. Es sei jedem Leser aufs Wärmste empfohlen.

Berlin hört und sieht. 14.—20. 8. 1938. Nr. 33.

Eine Fülle des Wissenswerten bringt dieses Buch! Der am Rundfunk Interessierte findet hier in einer großen Zahl ausgezeichneten, durchaus gemeinverständlicher Aufsätze nicht nur Aufschluß über die politische, erzieherische und künstlerische Aufgabe des Rundfunks, sondern auch über wissenschaftlich-technische Probleme. Der reiche Inhalt auch in Lichtbild und Zeichnung wird den Leser immer wieder fesseln!

Lübecker Generalanzeiger. 21. 10. 1938. Nr. 247.

So gibt das Buch einen bisher noch nie gebotenen umfassenden Überblick über alle Fragen, die irgendwie mit dem Deutschen Rundfunk zusammenhängen. — Ferner finden sich in diesem Buch, die auf den Rundfunk bezüglichen Gesetze sowie umfassende Statistiken, so daß das Handbuch eine vollständige Anschauung von dem vermittelt, was der Rundfunk in Deutschland bedeutet.

Deutsche Allgemeine Zeitung, Berlin. 11. 8. 1938. Nr. 32.

Das Handbuch ist von einer Vielseitigkeit, die jeden verwundern muß, der nicht die unendliche Vielseitigkeit des Rundfunkwesens selbst kennt.

Völkischer Beobachter, München. 4. 10. 1938. Nr. 277.